

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 55 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
27. November 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Krieg dem Kriege. — Roms „Segen“. Von W. D. — Schwankungen
der Arbeitsintensität von Textilarbeiterinnen. I. Von J. H. —
Gegen die Frauenverblödung im Kino. Von B. Max Grempe. —
Betrogene Witwen und Waisen. Von Rudolf Vogler. — Das
Bürgerrecht der Frau in der Gemeinde. Von Paul Hirsch.
Aus der Bewegung: Der Internationale Sozialistische Kongress zu
Basel und die Frauen. — Von der Agitation. — Der Stand der
Arbeiterinnenorganisation in Nürnberg. — Politische Rundschau.
Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textil-
arbeiterbewegung. Von sk. — Arbeitslosenzählung im Deutschen
Textilarbeiterverband. Von sk. — Aus der Holzarbeiterbewegung.
Von sk.
Notizenteil: Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauen-
stimmrecht. — Soziale Elendsbilder.

Krieg dem Kriege.

Seit Wochen schreitet im Südosten Europas das geschichtliche Geschehen mit Schritten vorwärts, die weithin sichtbar sind als die unwägbare Entwicklung des ruhigen Alltags, die es vorbereitet und ihm die Bahn geöffnet hat. Denn unter Gewehrsalven und Geschützdonner geht es von Schlachtfeld zu Schlachtfeld, auf dem sich die zerfetzten Leiber von Verwundeten, Sterbenden und Toten in schauerlichem Durcheinander türmen, und die Niesensackeln brennender Dörfer und Städte beleuchten seinen Weg, der rechts und links voller Barbarei und Grauen ist. Das Blut stockt in den Adern, der Atem versagt, wenn man die entsetzlichen Einzelheiten des Balkankriegs liest, der die Massenabschlachtung von Albanern gebracht hat — im Namen des nationalen Rechts, des Christentums, der Kultur —, der Hunderttausende, und aber Hunderttausende ausgezogener, hungerner, hilfloser Bauernfamilien von der Scholle reißt und in einer neuen Völkerwanderung vorwärts wälzt, deren Fluten sich zunächst um Konstantinopel stauen. Alle Schrecken von Dantes Hölle scheinen lebendig geworden. Die rohen Grausamkeiten, mit denen in für uns längst versunkenen finsternen Zeiten Menschen gemartert und gemordet wurden, paaren sich in diesem Kriege mit den phantastischen Gräßlichkeiten, um die die moderne Technik die Massenvernichtung bereichert hat. Alle uralten Begriffe und Ideale, die sich die Menschheit mühsam erobert hat, werden verhöhnt, geschändet. Und um den Jammer voll zu machen, ist die Cholera gekommen, einer gefährlichen Bestie gleich, die lange gefastet hat. Die der Schärfe des Schwertes entronnen sind, würgt sie täglich zu Tausenden, Soldaten vor der Front wie Flüchtlinge. Ihr Pesthauch bedroht ganz Europa mit einem Massensterben.

Unser heißes Mitgefühl strömt den unglückseligen Völkern zu, über deren Leiber und Fluren hinweg Eisen und Blut eine neue politische Ordnung der Dinge auf dem Balkan aus der Taufe heben. Mit ihm aber mischt sich die bange Frage: Wird der jetzige Krieg das Ungeheuer eines Weltkriegs gebären? Seitdem das blutige Ringen auf dem Balkan aufgehoben hat, hängt die Drohung dieses höchsten Unheils wie ein Damoklesschwert über den Völkern des übrigen Europa. Mit dem dünnen Faden, der es hält, spielen die ungeschickten

Finger zünftiger Diplomaten und schlimmer noch: profitgieriger kapitalistischer Häufte. Ausdehnung gehört zum Wesen des Kapitalismus, die Eroberung neuer Ausbeutungsgebiete ist ihm Lebensluft. Die Herrschaft über den Balkan, über die Dardanellen — den Weg nach Asien — ist eine Beute, die der Appetit der besitzenden Klassen in den großen europäischen Staaten schon längst umschleicht. Die kaum notdürftig verhüllte Gegensätzlichkeit ihrer Interessen, ihre Feindschaft offenbart sich seit den Siegen der Balkanstaaten über die Türkei in dem tagtäglich erneuten Rätselspiel voller Schrecken und künftiger Verbrechen: wird es Österreich dulden, daß Serbien sich zum Herrn eines Hafens am Adriatischen Meer macht?, wird es auf seinem Anspruch eines freien Weges nach Saloniki beharren?

An der Antwort auf diese Frage hat Rußland das gleich leidenschaftliche Interesse wie Serbien selbst, das ja von dem Zarismus lediglich als ein Vorposten gegen Österreich betrachtet und ausgehalten wird. Darum bedeutet die Entscheidung noch Verhängnisvolleres als einen Krieg zwischen Österreich und Serbien allein, einen Kampf auf Leben und Tod zwischen dem Dreibund und der Tripleentente oder dem Dreiverband, mit anderen Worten: zwischen Deutschland, Österreich und Italien auf der einen Seite, Frankreich, Rußland und England auf der anderen. Die Völker aber, die dann für die Macht, den Reichtum kleiner Minderheiten wie willenlose Hammelherden zur Schlachtbank getrieben würden, sind bis heute von den Herrschenden und Regierenden nicht nach ihrer Meinung befragt worden. Über ihr Geschick verhandeln hinter verschlossenen Türen Staatsmänner, die sich räuspert und spucken, als ob sie die Herren der Weltgeschichte und nicht ihre ohnmächtigen Hampelmänner wären. Die Lieferanten von Mordwerkzeugen und anderem Kriegsbedarf buchen unterdessen schnunzelnd ihre Aufträge und Profite, und die Großbanken gleichen den Bienen, die aus allen Blüten Honig saugen: die Spekulation heute auf den Krieg, morgen auf den Frieden füllt ihre Kassen.

Gegenwärtig sieht es zwar so aus, als ob eine sichere Verständigung zwischen Österreich und Serbien die drohende Gefahr beseitigen würde. Die bürgerliche Presse Deutschlands, die bis zu den Blättern des entschiedenen Liberalismus auf die Ehre verzichtet hat, ihre Stimme mannhaft und rücksichtslos gegen Kriegshebe und Kriegsgefahr zu erheben, hat sich nun um so lauter wieder gefunden, um die Sozialdemokratie wegen ihrer machtvollen Kundgebungen gegen den Krieg läppisch zu verhöhnern, „den niemand wolle“. Die weisen Thebaner, die im „Berliner Tageblatt“ und geschäftsverwandten Zeitungen die öffentliche Meinung posieren, schweigen davon, welchen großen Anteil das kämpfende Proletariat daran beanspruchen darf, daß die entfesselte Kriegsfurie bis heute noch nicht über die Grenzen der Balkanstaaten hinausrasen konnte. In Ungarn und namentlich in Österreich haben sich unter der Führung der Sozialdemokratie die Massen der Werktätigen vom ersten Tage an den gewissenlosen Treibereien der abenteuer- und goldhungrigen klerikalen-kapitalistischen

Obligator. Nebenorgan zum „Textilarbeiter“ für Frauen, die wie ihre Männer Mitglieder des Deutschen Textilarbeiter- u. Arbeiterinnen-Verb. sind.

Thronfolgerclique mit bewunderungswürdigem Elan entgegen geworfen. Die gewaltigen Friedensdemonstrationen, zu denen unsere Partei die deutsche Arbeiterklasse aufrief, mußten die Reichsregierung zwingen, sich zweimal die Frage zu überlegen: ist es klug, ungezählte Söhne des deutschen Volks dem Tode entgegenzuführen, nur um ungarischen Agrariern und österreichischen Großkapitalisten nebst ihrer politischen Schutztruppe zuliebe Serbien von der Adria abzusperrern?

Jedoch davon abgesehen, kann und darf der Blick und das Urteil der Massen nicht oberflächlich an der Stunde haften. Wie immer die Beziehungen zwischen Österreich und Serbien sich regeln mögen, diese Verständigung überwindet nicht die im Orient aufeinanderprallenden Interessengegensätze zwischen den europäischen Großmächten oder richtiger zwischen den ausbeutenden und herrschenden Klassen der einzelnen Staaten. In Wirklichkeit bedeutet sie nichts als ein Hinanschieben der blutigen Auseinandersetzung um das Erbe der Türkei. Zunächst wird aller Voraussicht nach der vielangerufene „Balkan der Balkanvölker“ unter hervorragender Mitschuld der dort regierenden Dynastien ein Potemkinsches Dorf bleiben. Hinter der idyllischen Kulisse nationaler Selbständigkeit der erweiterten oder neu geschaffenen Staaten werden die europäischen Großmächte auch fernerhin um die Wette zu Ruß und Frommen kapitalistischer Minderheiten intrigieren, mogetu, „Einflußsphären“ zu gewinnen suchen, bis sie einander so nahe auf den Leib gerückt sind, daß der Feind vom Feind das Weiße im Auge sieht und der entsetzliche Ringkampf zur „Lösung der Orientfrage“ beginnt. Aber gesetzt den günstigen Fall, die Balkanvölker wüßten dem zu begegnen, indem sie auf der Grundlage politischer Demokratie ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen würden. Die gewaltig anreizende Beute der asiatischen Türkei bleibt. Wie sich dort die jetzigen Herrschaftsgebiete der Osmanen in steigendem Maße in Goldgruben für das spekulierende, gründende, ausbeutende internationale Kapital verwandeln, also verwirren sich die Fäden weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Gegensätze zu einem unlöslichen Knoten, den eines Tages das Schwert zerhauen soll.

Schon seit Jahren hat Rußland seinen Einbruch in Armenien planmäßig vorbereitet. Arabien wird als sicherer Weg von Ägypten nach Persien und Indien von Englands Raubgier umlauert. Viele Hunderte Millionen deutsches und französisches Kapital hängen an der Bagdadbahn, fordern „ihr Recht“ märchenhafter Verzinsung, sollen neuen riesigen Unternehmungen als Anlagemöglichkeiten die Bahn öffnen. Die damit zusammenhängenden Pläne, Mesopotamien wieder dem Wüstenland abzurufen und in ein Paradies der Fruchtbarkeit zu verwandeln, wecken Englands Eifersucht nicht minder wie die Bagdadbahn dies tut infolge ihrer Wichtigkeit für die Verbindung mit Persien, mit dem englischen Osten. Die Konfliktstoffe, die der Kapitalismus hier für die europäischen Großmächte zusammenhäuft, werden dadurch vermehrt, daß die Türkei aufhört, ein europäischer Staat zu sein, daß künftighin ein verhältnismäßig größerer Teil ihrer Bevölkerung von den Arabern gebildet wird, die sich den Türken stammesfremd fühlen.

Das Gewitter, das sich furchtbar zerstörend über dem Balkan entlädt, kann mithin keinen klaren weltpolitischen Himmel schaffen. Es läßt eine beklemmend schwüle Atmosphäre zurück, ehe daß es sich ganz verzogen hat, ballen sich neue verderbenschwangere Wolkenmassen über dem nahen Orient zusammen. Und während die Aufmerksamkeit der Völker in mitfühlender und angstvoller Spannung am Balkan haftet, wächst im ferneren und fernsten Osten die Gefahr internationaler Wirren und kriegerischer Zusammenstöße. In Persien erweitern und besfestigen England und Rußland ihr Machtgebiet, die Mongolei wird immer fester an das Moskowitreich gekettet. Bohin der Kapitalismus seinen Fuß setzt, da verwandelt er die Welt in ein starrendes Waffenlager. Blutgeruch dampft von der Erde auf. Die Bourgeoisie hat ihren weltgeschichtlichen Blütenraum gründlich ausgeträumt. In den Tagen des Imperialismus scheidet sie nicht mehr „diesen Fuß der ganzen Welt“, vielmehr Schrapnell, Granaten und den Hagelschauer der Maschinengewehre. Das liberale Bürger-

tum aller großen Länder hat die Fähigkeit und den Willen verloren, starker Schlichter des Friedens, ja sogar nur ein zuverlässiger Bundesgenosse im Kampfe gegen den Krieg zu sein. Das hat sein Verhalten in diesen Tagen auch den Illusionsfreudigen bestätigt.

Um so ernster empfindet das Klassenbewußte Proletariat die Verpflichtung, seine Macht für die Lösung einzusetzen: Krieg dem Kriege! Diese Losung ist mehr als nur ein glänzendes Zeugnis jener hohen Kulturwertung und menschlicher Gesittung, die die kapitalistische Beutesucht in den besitzenden Klassen erstickt, und die unter den Speeren der proletarischen Freiheitskämpfer eine schützende Statt suchen müssen. Sie ist der Ausdruck einer internationalen Brüderlichkeit, eines neuen Weltbürgerturns, das seine unausrottbaren, lebensfröhlichen Wurzeln in der internationalen Interessensolidarität aller Ausgebeuteten hat, die der unverföhnliche Klassengegensatz zu ihren Ausbeutern — wes Landes und welcher Klasse sie auch seien — in einer Klassennot, einem Kampfeswillen und einem Freiheitsziel zusammenfügt. Das international gerichtete und kämpfende Proletariat ist zu einer Macht erstarkt, die sich nicht länger achtlos und verachtet beiseite schieben läßt, wenn es um Krieg und Frieden geht. Es verabscheut den Krieg nicht bloß wegen seiner brüdermordenden, kulturschändenden Greuel, es haßt und bekämpft ihn als ein schweres Hindernis für seinen eigenen erlösenden Klassenkampf.

Noch ist es nicht ein halbes Jahrhundert her, als der Deutsch-Französische Bruderkrieg die Felder blutig tränkte, da gab es in keinem der beiden Länder ein Heer von zielsicheren Klassenkämpfern, stark genug, dem Furchtbaren zu wehren. Wohl schrieben im Parlament Viebknecht und Bebel mit starker Hand die ruhmvolle Urkunde von der Internationalität der deutschen Sozialdemokratie, indem sie gegen den Krieg protestierten. Der Launel einer irreführten, gefälschten Begeisterung riß die Massen fort. In Frankreich wurden ebenso die Friedenskundgebungen der „Internationalen“ von dem Rufe übergeleitet: nach Berlin, nach Berlin! Nur schwach war ihr Echo in einigen anderen Ländern, wo der Sozialismus das Denken der Ausgebeuteten zu revolutionieren begann. Und heute? Gewiß: Auch unter den Balkanvölkern, die jetzt das Kriegesieber schüttelt, gebracht es den Sozialisten noch an der Macht, den verhängnisvollen Lauf der Dinge zu wenden. Aber redet nicht ihr Protest gegen den Krieg, redet nicht das mutvolle Auftreten ihrer Vorkämpfer in den Parlamenten von einem Triumphzug des sozialistischen Gedankens, den noch vor wenigen Jahren kaum jemand zu prophezeien gewagt hätte? In den Ländern mit entwickelter kapitalistischer Wirtschaft aber sind heute Hunderttausende, Millionen im Zeichen des Sozialismus zusammengeschlossen, das heißt in Todfeindschaft gegen die Kriege, die der Kapitalismus heraufbeschwört.

Die nationale Phrase hat ihren betörenden Sinn für breite, wachsende Massen der Werktätigen verloren. Sie wissen es aus bitterer, geistig beherrschter Erfahrung, daß der Nationalstaat der Ausbeuter nicht das Vaterland der Ausgebeuteten ist. Es treibt sie die glühende Sehnsucht vorwärts, sich diesen Staat kämpfend zum Vaterland umzuschaffen. Sie sind sich der Bedeutung ihres Werks für die Produktion allen materiellen Reichtums, für das Erlblühen jeder geistigen Kultur bewußt geworden. Mit stolzer Entschlossenheit mustern und prüfen sie ihre Machtmittel, ihre Kampfeswaffen. Sie täuschen sich nicht über die Gewalt ihrer Todfeinde, die noch die Mittel zum Leben wie die Mittel zum Tode in ihrer Hand halten, aber sie vergessen auch nicht, daß es Proletarier sind, die den Produktionsmitteln schöpferisches Leben einhauchen, den militärischen Mordwerkzeugen tödliche Kraft verleihen. Es sind ungezählte, unmeßbare Kräfte, die der Sozialismus in den ausgebeuteten Massen erweckt hat, Kräfte, mit denen der statistische Rechenkünstler nichts anzufangen weiß, weil sie keine bestimmte, fertige Größe bilden, sondern im Kampf entstehen, sich schulen, wachsen. Diese Kräfte in den Massen zu lösen, sie zusammenzuballen, ihnen im Krieg gegen den Krieg Richtung und Ziel zu geben, das ist die verantwortungsschwere, die große geschichtliche Aufgabe der prole-

tarischen Organisationen. Denn verschließen wir die Augen nicht vor den Tatsachen: auf die Dauer wird die kriegsunlustige, kriegsfeindliche Stimmung der Arbeitermassen allein, wird ihr bloßer Wortprotest gegen den Völkermord den Gefahren und Verbrechen der imperialistischen Raubpolitik des frachenden internationalen Kapitalismus nicht steuern. Um den Frieden zu schirmen, werden die Habenichtse die Wucht, die Schärfe ihrer Aktionen steigern und unter Umständen alle Machtmittel gebrauchen müssen, die die Klassenlage in einer geschichtlichen Stunde in ihre Hände gibt.

Wenn diese Nummer erscheint, so wird der Außerordentliche internationale sozialistische Kongreß zu Basel die Frage geprüft haben, wie das Proletariat am wirksamsten den Krieg bekämpft. Niemand wird ungeschichtlich genug denken, um von der bedeutungsvollen Tagung zu erwarten, was ihre Aufgabe nicht sein kann: nämlich die Proklamation eines alleinseigmachenden Kampfmittels, das die Arbeiterklasse aller Länder unter jeden Umständen anwenden müsse, um die Wutbereitschaft der Herrschenden niederzuringen. Wir hoffen jedoch, daß sie zweierlei stark betont. Zunächst, daß das Proletariat lediglich vom Standpunkt seines dauernden Klasseninteresses aus die Situationen zu bewerten und auszunutzen hat, die von den Profit- und Machtjägern der Ausbeutenden und Herrschenden geschaffen werden. Dann, daß es eine Torheit wäre, wollte die Arbeiterklasse irgend eines Landes zur Beruhigung der Besigenden und ihrer Regierungen schwören, welche Waffe sie nicht im Kampfe zu gebrauchen gedenkt. Diese Torheit wäre reichlich so groß wie die andere, mit einem Schwert zu drohen, das der schwache Arm noch nicht zu meistern vermag.

Doch von allen Beschlüssen und Erklärungen abgesehen, wird der Kongreß selbst eine gewaltige Massenaktion gegen den Krieg sein. Hinter den Hunderten, die sich in Basel unter dem roten Banner des internationalen Sozialismus zusammenfinden, stehen Millionen Vorwärtsdrängender. Gute Vorzeichen deuten auf frische Entschiedenheit und Energie. Auf dem Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie zeitigten die Verhandlungen über Generalstreik und Krieg eine erhebend klare und schneidige Bekundung des revolutionären proletarischen Klassenstandpunktes, eine fast einmütige Absage an das Kokettieren und Paktieren mit bürgerlich-demokratischen Auffassungen. Die deutsche Sozialdemokratie in Österreich gestaltete ihren letzten Jahreskongreß zu einer imposanten Kundgebung gegen den Krieg; auch diese Verhandlungen muten bei aller Besonnenheit an wie Fanfaren, die zum Kampfe rufen. In Petersburg proklamierte die Arbeiter-schaft wegen der verfassungswidrigen Kaffierung sozialdemokratischer Wahlmänner den Massenstreik und ließ ihm schon nach kurzer Zeit einen zweiten, größeren folgen, um gegen die Todesurteile zu protestieren, die über meuternde Mannschaften der Schwarzenmeerflotte verhängt worden sind.

Vertrauensvoll kann der Baseler Kongreß das Signal geben, um die Massen im Kampfe gegen den Krieg reif und kühn zu machen zur entscheidenden Tat. Und er muß es geben in der Erkenntnis, daß die Schlachten gegen den Krieg nur als Schlachten gegen den Kapitalismus geschlagen werden können. Darum sind sie die Sache der Massen, von deren Willen und Handeln dank der Geschichte ew'gem Muß Hölderlins prophetisches Wort gilt:

Mit ihrem heil'gen Wetterschlage,
Mit Unerbittlichkeit vollbringt
Die Not an einem großen Tage,
Was kaum Jahrhunderten gelingt.

Roms „Gegen“.

Der christliche Gewerkschaftsstreit ist bei einem neuen Abschnitt angelangt. Die Gegensätze sind bekannt. Die streng Orthodoxen der alleinseigmachenden Kirche verwerfen den gewerkschaftlichen Interkonfessionalismus der sogenannten M.-Glabbacher Richtung. Sie hat ihre Stütze im Zentrum. Dieses bedarf der christlichen Gewerkschaften zunächst als Rückgrat seiner poli-

tischen Position in den Industriegebieten. Weiter werden die Zentrumsgewerkschaften als guter Wall gegen die moderne Arbeiterbewegung geschätzt, das heißt als Schutzwehr der kapitalistischen Interessen. Das Zentrum stellt die politische Vertretung der katholischen Kirche dar. Es ist dabei eine Hauptstütze der herrschenden Gesellschaftsordnung geworden. Klasseninteressen sind daher bei den politischen Gründen mitentscheidend, die im christlichen Gewerkschaftsstreit eine Rolle spielen. Als Schützer seiner interkonfessionellen Gewerkschaften und der kapitalistischen Wirtschaft gerät das Zentrum in einen gewissen Gegensatz zu Rom. Es will sich seiner wichtigen Hilfsstruppe nicht berauben lassen. Der Papst aber befürchtet seinerseits, aus dem Interkonfessionalismus erwachse eine Abschwächung des auf Intoleranz eingestellten katholischen Gefühls und damit eine Gefahr für die unbedingte Autorität der katholischen Kirche und ihres Oberhauptes.

In den letzten Monaten rumorte es gar gewaltig in der christlichen Gewerkschaftspresse. Man zeigte dort einen erstaunlichen Mut, eine energische Opposition. Obwohl man des gewohnten Kampfes gegen die freien Gewerkschaften nicht vergaß, richtete sich die Hauptaktion gegen den Vatikan. Mancher gläubige Leser der christlichen Presse mag sich ob der Rebellion gegen den Heiligen Vater verwundert die Augen gerieben haben. Aber es war so! Die M.-Glabbacher erklärten, sie würden sich nötigenfalls einem Gebot des Papstes nicht fügen. Das war etwas Unerhörtes und mußte eine ganz besondere Ursache haben. Sie ist wohl noch genügend in der Erinnerung.

Seit Jahren bekämpfen sich aus den erwähnten Gründen die in christliche Gewerkschafter und katholische Fachabteiler gespaltenen Söhne der katholischen Kirche wie Todfeinde. Sie begossen sich gegenseitig mit Kübeln voll Schmutz, bezichtigten sich der Verleumdung, der gehässigen Kampfesweise aus niedrigen Beweggründen. In diesen erbaulichen Bruderzwist griff der Papst ein. Den christlichen interkonfessionellen Gewerkschaften sprach er sein unverhohlenen Mißtrauen aus, dagegen lobte er die katholischen Fachabteilungen. Daß ihre Grundsätze und Methoden von allen katholischen Arbeitern anerkannt würden, das sei sein Wunsch. Diese Verurteilung der christlichen Gewerkschaften rief in den Kreisen der M.-Glabbacher große Erregung und Beklemmung hervor. Sie mußten befürchten, daß der Kundgebung des Papstes vielleicht bald ein unmittelbares Verbot der christlichen Gewerkschaften folgen werde. Damit wären die Interessen des Kapitals und ganz besonders die Parteinteressen des Zentrums geschädigt worden. Deshalb wehrten sich die Zentrumsgewerkschaften gegen die drohende Gefahr. Um die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu bluffen, schreckte man nicht einmal vor der Androhung einer Rebellion gegen den Vatikan zurück. In-geheim hofften die Demagogen freilich, der Papst werde nicht zum äußersten schreiten, vielmehr eine Form finden, bei der er im Kern der Sache zwar nicht nachgebe, aber scheinbar doch die christlichen Gewerkschaften unangestastet lasse.

Um dem Vatikan eine solche Stellungnahme zu erleichtern, erhoben die M.-Glabbacher Christen ein wüstes Geschimpfe gegen die katholischen Fachabteiler. Sie sollten den Papst unverachtet angelogen, über die Ziele und Mittel der christlichen Gewerkschaften verleumderisch irreführt haben. Und dann erklärte man mit jesuitischer Kühnheit, die christlichen Gewerkschaften würden bleiben, was sie bisher gewesen, möge kommen, was da wolle! Ähnliche Tiraden verzapfte man reichlich und gesucht auffällig auch noch auf dem jüngsten christlichen Gewerkschaftskongreß in Dresden. Nun hat der Papst seinen Willen kundgetan. In einer Beziehung entspricht seine Entscheidung den gehegten Erwartungen. Sie bedroht die Kapitalsinteressen nicht und sie enthält auch kein nacktes Verbot der christlichen Gewerkschaften. Aber der Papst räumt mit dem Schwindel der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit dieser Organisationen gründlich auf. Im Ueberifer hatten die M.-Glabbacher eine Rebellion markiert, von der man im Vatikan eine schlimme Rückwirkung auf die Raibgläubigen befürchtete, falls der Papst die Verurteilung der interkonfessionellen Gewerk-

schaften widerrufen würde. Dieser erklärt daher offen: die interkonfessionellen Vereinigungen müßten Instrumente in clerikaler Hand sein. Aus der vom 24. September datierten Enzyklika des Papstes, die sich mit dem christlichen Gewerkschaftsstreit beschäftigt, heben wir die entscheidenden Sätze hervor:

„Was die Arbeitergesellschaften anlangt — obwohl sie dazu bestimmt sind, ihren Genossen die Vorteile gerade dieses Lebens zu verschaffen —, so sind doch jene am meisten zu billigen, und für die von allen geeignetsten für den wahren und wirklichen Nutzen der Genossen zu halten, die vornehmlich auf der Grundlage der katholischen Religion errichtet sind und der Kirche als Führerin folgen. Das haben wir selber mehrmals erklärt, als uns die Gelegenheit dazu von verschiedenen Völkern dargeboten wurde. Daraus folgt, daß derartige Vereinigungen katholischer Konfessionen, wie man sie nennt, bestimmt in den Landstrichen der Katholiken und außerdem in allen Ländern, wo immer durch dieselben für die verschiedenen Bedürfnisse der Genossen gesorgt werden könnte, gegründet und mit aller Macht unterstützt werden müssen. Aber es wäre auf gar keine Weise zu billigen, falls es sich um Vereine handelt, welche die Sache der Religion oder die Sitten direkt oder verblümt berühren, gemischte Vereine zu begünstigen und verbreiten zu wollen, das heißt solche, die aus Katholiken und Nichtkatholiken zusammengesetzt würden. Denn, um andere Gründe hier anzulassen, schon die Integrität des Glaubens und der gerechte Gehorsam gegen die Gesetze und Vorschriften der katholischen Kirche können wegen derartigen Gesellschaften in wahrhaft große Gefahren geraten.“

Daher spenden wir allen reinen katholischen Arbeitervereinigungen, die es in Deutschland gibt, alles Lob und möchten sehnlichst wünschen, daß ihnen alles gelinge, wonach sie zum Vorteile der Arbeitermenge streben, und wünschen ihnen immer ein noch erfreulicherer Wachstum. Jedoch leugnen wir nicht, wenn wir dieses sagen, daß es recht ist für die Katholiken, um für den Arbeiter ein besseres Geschick, einen mehr der Wirklichkeit entsprechenden Zustand des Lohnes und der Arbeit zu sichern, oder aus jedem anderen Grunde von sittlichem Nutzen, mit Anwendung von Vorsicht, gemeinsam mit Nichtkatholiken für das gemeinsame Wohl zu arbeiten. Aber für diesen Zweck wollen wir lieber, daß die katholischen und nichtkatholischen Gesellschaften ein Bündnis untereinander schließen mit jener opportunen Erfindung, die man Kartell nennt.

Hier aber bitten uns nicht wenige von euch, wir mögen euch erlauben, die sogenannten christlichen Syndikate, so wie sie heute in euren Diözesen gegründet sind, zu tolerieren. Dieser Bitte meinen wir mit Rücksicht auf die eigentümliche Lage der katholischen Sache in Deutschland, nachgeben zu sollen und erklären, es könne toleriert und den Katholiken erlaubt werden, daß sie sich an diesen gemischten Gesellschaften beteiligen, doch nur unter der Bedingung, daß geeignete Vorsichtsmaßnahmen angewendet werden. Zu allererst muß man Sorge tragen, daß dieselben katholischen Arbeiter, die sich an diesen Syndikaten beteiligen, in die katholischen Arbeitergesellschaften, die man mit dem Namen Arbeitervereine bezeichnet, eingeschrieben sind. Außerdem ist es notwendig, daß diese Syndikate sich von jedem Plan oder Angelegenheit fernhalten, die mit den Lehren und Geboten der Kirche oder der legitimen geistlichen Gewalt nicht übereinstimmen. Aus diesem Grunde werden die Bischöfe, so oft Streiffragen über die Dinge, welche die Sitten betreffen, vorkommen werden, sehr aufmerksam wachen, daß die Gläubigen nicht die katholische Sittendisziplin vernachlässigen.“

Kein Zweifel: der Papst hat die Verurteilung der christlichen Gewerkschaften nicht zurückgenommen, das früher ausgesprochene Mißtrauen nicht abgeschwächt, sondern ihm vielmehr erheblich verschärften Ausdruck gegeben. Ausdrücklich hebt der Papst hervor, daß eigentlich nur die konfessionellen Vereine Existenzberechtigung hätten. Zwar bestreitet der Papst nicht, daß in manchen Fällen ein gemeinschaftliches Arbeiten von Katholiken und Nichtkatholiken zweckdienlich sein könnte. Diese Tatsache rechtfertigt jedoch nach seiner Meinung keineswegs interkonfessionelle Gewerkschaften. Im Gegenteil! In dem der Papst hervorhebt, daß in solchen Fällen ein Kartellverhältnis zwischen verschiedenen konfessionellen Vereinigungen dem gedachten Zwecke am besten diene, betont er nochmals, daß er den christlichen Gewerkschaften keine Existenzberechtigung zuerkennt. Er will die christlichen Gewerkschaften vorläufig nur dulden. Dulden, als ein Übel, das sich nicht sofort ausrotten läßt. Aber er duldet sie nur, indem er aus ihnen untergeordnete Organe der katholischen Geistlichkeit macht. Obwohl die M.-Gladbacher feierlichst erklärt hatten, die christlichen Ge-

werkschaften würden ihre Selbständigkeit und ihren Charakter nie aufgeben, diktiert der Papst: Ihr dürft nicht bleiben, was ihr ward!

Zunächst befiehlt der Vatikan, daß sämtliche katholische Mitglieder christlicher Gewerkschaften gleichzeitig auch Mitglieder eines katholischen Arbeitervereins sein müssen, der geistlicher Aufsicht und Leitung untersteht. Weiter schreibt er vor, daß die christlichen Gewerkschaften bei allen ihren Betätigungen die Gebote und Lehren der katholischen Kirche zu beachten haben. Ja noch mehr! Die Aktionen der christlichen Gewerkschaften dürfen niemals in Widerspruch stehen zu dem Willen der katholischen Geistlichkeit. Es dürfen somit keine Erörterungen gepflogen, keine Forderungen erhoben werden, ohne daß der Bischof oder seine Stellvertreter damit einverstanden sind. Es kann nun keinem Zweifel unterliegen, daß die christliche Gewerkschaftspolitik in Wirklichkeit lediglich noch unter dem Einfluß der katholischen Geistlichen, in den katholischen Arbeitervereinen gemacht werden soll.

Die Kapitalisten können mit diesem Gange der Dinge zufrieden sein. Daß katholische Geistliche die Arbeiter wider das „gottlose Kapital“ aufriefen, daß sie zum Streik „heften“, diese Zeiten sind längst dahin. Heute sitzt die katholische Bourgeoisie an den Fleischhöfen industrieller Profitmacherei, und sie fühlt sich wohl in der Sonne der Regierungsgnade und des junferlichen Wohlwollens. Da braucht sie keine Angst zu haben, daß Arbeitervereine am Gängelband der katholischen Geistlichkeit dem Unternehmertum unbequem werden könnten.

Was aber werden nun die M.-Gladbacher Strategen tun? Werden sie wieder die Rebellion gegen Rom predigen, werden sie stolz und — lächerlich die Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften herausstreichen? Wer an der letzteren Möglichkeit zweifelt, kennt die demagogischen M.-Gladbacher sehr schlecht. Sie werden einige Wendungen in der Enzyklika als mißverständlich bedauern, dann aber eine Auslegung finden, von der sie erklären: Wir können zufrieden sein! Vielleicht hört man gar: Die christlichen Gewerkschaften werden ja auch von der Sozialdemokratie „überwacht“, das gleiche Recht hat jeder, da kann man es den Bischöfen nicht verbieten! Man kennt solche Jesuiterei zur Einseifung der Gläubigen. Auf was es aber ankommt, das ist, ob die christlichen Gewerkschaften sich dem päpstlichen Gebot fügen: ob sie bei ihren Handlungen immer nach dem Willen der katholischen Kirche und des Klerus fragen, und ob sie den Befehl annehmen, daß ihre katholischen Mitglieder auch einer konfessionellen Vereinigung angehören müssen. Und das werden sie unbedingt annehmen, sie werden sich also in aller Form unter die Kontrolle und den Befehl des Klerus stellen und ihre verkündete Unabhängigkeit offenkundig verleugnen. Das ist der springende Punkt! Die christlichen Gewerkschaften sind nicht nur untergeordnete Organe des Zentrums, sie sind auch willkürliche Objekte clerikaler Herrschaft.

Der Papst hat zweifellos mit großem diplomatischen Geschick die peinliche Situation zu seinen Gunsten gewandt. Aber er kann doch nicht hindern, daß diese ganze Angelegenheit die Gläubigen auf kritische Gedanken bringt. Nur den Arbeitern macht er Vorschriften, nur ihre interkonfessionellen Vereinigungen zieht er in den Banntreis des clerikalen Willens, nur sie unterstellt er mit ihrem wirtschaftlichen und sozialen Streben der Kontrolle der Kirche. Die interkonfessionellen Unternehmervereine, Bauernvereine usw. läßt er hübsch ungeschoren. Die würden ihn verlachen, wollte er ihnen wie den Arbeitern Befehlen: eure Bestrebungen und Beschlüsse dürfen der Lehre und dem Gebot der Kirche nicht widersprechen; nur soweit die Geistlichkeit keinen Einspruch erhebt, dürft ihr handeln. Eure Selbständigkeit und Unabhängigkeit darf die Grenzen nicht überschreiten, die der Wille des Klerus euch zieht.

Die einseitige Bevormundung der Arbeiter beweist, daß der Papst die Interessen der bestehenden Gesellschaftsordnung verfehlt. Wer könnte sich dieser Tatsache nun noch verschließen? Sie wird auch sonst noch offenbar. Der Papst betrachtet die interkonfessionellen Gewerkschaften als ein böses Übel, das dem Geiste der Kirche widerspricht, und trotzdem duldet er

sie. Warum? Weil von ihrem glatten Verbot eine Schädigung kapitalistischer Interessen befürchtet wird. Die christlichen Gewerkschaften liegen also im Interesse der Kapitalisten. Dann aber können sie unmöglich Förderinnen der Arbeiterinteressen sein. Warum soll der Arbeiter Vereinigungen unterstützen, die nicht seinen, sondern seiner Gegner Vorteil darstellen? Selbst für strenge Kirchengläubige erlischt der Anreiz zur Mitgliedschaft in christlichen Gewerkschaften; dem Arbeiter nutzen sie nicht, und der Papst verabscheut sie.

So muß die Entwicklung des Gewerkschaftsstreites gerade bei den gläubigen Arbeitern mancherlei kritische Gedanken auslösen. Und wo die lebendig werden, spricht die Saat der modernen Arbeiterbewegung empor. Die christlichen Gewerkschaften hat der Papst geknebelt, aber seine bisher unbestrittene Autorität ist dabei verletzt worden. Das läßt sich nicht wieder reparieren. Beide Tatsachen erweitern den Weg, auf dem der Sozialismus und die freien Gewerkschaften in das Lager der Ultramontanen eindringen.

W. D.

Schwankungen der Arbeitsintensität von Textilarbeiterinnen.

I.

Jede aufmerksame Beobachtung lehrt, daß die Arbeitsleistung des Menschen sowohl innerhalb des Arbeitstags wie innerhalb größerer Zeitabschnitte Verschiedenheiten aufweist. Die Größe der Unterschiede in der Arbeitsleistung und ihre Ursachen zu ermitteln, ist sehr schwierig, wenn nicht oft unmöglich. Einen Versuch, die Schwankungen der Arbeitsintensität genau festzustellen und für die Erkenntnis ihrer Ursachen Beiträge zu liefern, hat Dr. Marie Bernays unternommen.* Ihre Erhebungen zeichnen sich durch große Sorgfalt aus, und das gewonnene Material ist umfassend verarbeitet worden. Das Untersuchungsobjekt waren die Arbeitsleistungen der Spinnerinnen der Baumwollspinnerei in Speyer. Zur Feststellung der Arbeitsleistungen dienten die Zahlenangaben von automatischen Meßinstrumenten, die in kurzen Zwischenräumen notiert wurden. Es ist klar, daß auch dieser Methode zur Messung der Arbeitsleistung noch Mängel anhaften (Verschiedenheit in der Beschaffenheit des Materials und anderes). Die Mängel sind aber für das Ergebnis — Vergleich der Leistungen während des vollen Tages und kürzerer Abschnitte — von geringer Bedeutung, da sämtliche Maschinen in einem Saale aufgestellt waren und alle die gleiche Anzahl von Spindeln enthielten. Die Verarbeitung der gleichen Garnnummer auf allen Maschinen wie der annähernd gleiche Feuchtigkeitsgehalt der Luft während der Beobachtungsperiode sind weitere Umstände; die technische Ursachen für die Verschiedenheit der Leistungen ausschließen oder doch auf ein Mindestmaß beschränken.

Zuerst einige Worte über die Arbeiterinnen der Fabrik. In der Kontrollperiode wurden 82 Männer und 180 Frauen beschäftigt. Von den Frauen, deren Arbeitsleistungen allein beobachtet worden sind, waren 59 mit Vor- oder Flyerspinnen beschäftigt und 91 waren an der Ringspinnmaschine tätig. Wie bei der Gesamtheit der Fabrikarbeiterinnen in der Textilindustrie — im Gegensatz zu den Heimarbeiterinnen, die in ihr tätig sind — waren die jüngeren Altersklassen sehr stark vertreten. Von je 100 Arbeiterinnen waren alt 14 bis 16 Jahre 20,4, 17 bis 21 33,6, 22 bis 25 18,8, 26 bis 30 15,6, 31 bis 40 6,4, 41 bis 50 4,4, 51 bis 70 0,8. Mehr als die Hälfte der Arbeiterinnen — 54 Prozent — war bis zu 21 Jahre alt; die Altersklassen bis zum 40. Jahre umfaßten 94,8 Prozent der Arbeiterinnen. Nimmt man die Zeit vom 22. bis 40. Jahre als die der größten Leistungsfähigkeit, so war in der beobachteten Fabrik der Anteil dieser Altersklassen an der Ge-

* Untersuchungen über die Schwankungen der Arbeitsintensität während der Arbeitswoche und während des Arbeitstags, von Dr. phil. Marie Bernays. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 135. Band, dritter Teil, S. 188 ff.

samtheit der Arbeiterinnen recht hoch, nämlich 40,8 Prozent. Er wird nur von den beiden jüngsten Altersklassen mit ihren 54 Prozent übertroffen. Für die Leistung der Fabrikarbeiterin ist aber im Gegensatz zum Manne nicht die Leistungsfähigkeit allein bestimmend, die durch die körperlichen und geistigen Kräfte bedingt wird, sondern für sie ist auch der Familienstand von großer Bedeutung. Die Arbeiterin, die neben der Fabrikarbeit noch mit der Versorgung eines Hauswesens belastet ist, wird in der Regel nicht das gleiche leisten können wie die ledige Arbeiterin. Daher mögen hier noch die Angaben über den Familienstand folgen. Es waren in der Altersklasse:

	ledig	verheiratet
14. bis 21. Jahr	97,1 Prozent	2,9 Prozent
22. " 30. "	53,7 " "	46,3 " "
31. " 50. "	5,9 " "	94,1 " "
51. " 70. "	— " "	100,0 " "

Zwei Arten der Textilarbeit waren das Untersuchungsobjekt: das Vorspinnen und das Fein- oder Ringspinnen. Von den besonderen Anforderungen der Arbeit sagt die Verfasserin, daß das Vorspinnen im ganzen sowohl wie in seinen einzelnen Teilen Umsicht und Aufmerksamkeit und eine gewisse Ruhe erfordert; das Ringspinnen verlangt Übung, Geschicklichkeit und Fingerfertigkeit.

Die Zähler gaben an, welches Quantum Garn durch die Maschine gelaufen war. Nach Ablauf der Zeit, für die die Arbeitsleistung festgestellt werden sollte, wurden die Zahlen von der Verfasserin abgelesen. Das Material für die Untersuchung haben die Ergebnisse von 20 Maschinen geliefert, die sechs Wochen lang kontrolliert worden sind. Nach Ausschneiden aller Arbeitswochen, in denen durch äußere Umstände (Erkrankung der Arbeiterin und andere) das Ergebnis der Arbeit beeinträchtigt worden ist, verbleiben 87 Arbeitswochen. Von diesen werden nicht die absoluten Zahlen der Arbeitsleistung, sondern Verhältniszahlen gegeben.

Wird die aus der Teilung der Wochenleistung durch sechs gewonnene Durchschnittstagesleistung gleich 100 angenommen, so ergeben sich für die Ringspinnerinnen an den einzelnen Wochentagen folgende Leistungen:

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
96,9	107,3	108,9	108,5	102,1	78,8

Die Zahlen bedürfen zu ihrer Wertung weniger Worte. Sie zeigen tiefes Einsetzen am Montag, schnelles Ansteigen am Dienstag, das seinen höchsten Stand am Mittwoch erreicht, der für Donnerstag noch fast der gleiche bleibt. Am Freitag tritt ein Nachlassen ein, das sich am Samstag erheblich verstärkt. Die Arbeitszeit des Samstags ist bekanntlich infolge des früheren Schlusses um eine Stunde verkürzt. Wird aber die Leistung für die gleiche Stundenzahl wie an den anderen Tagen berechnet, so erhöht sich die Leistung trotzdem nur auf 87,5. Die mittleren Wochentage sind also die günstigsten. Das gleiche Ergebnis liefert die Feststellung der Maximal- und Minimalleistungen für den einzelnen Wochentag. Es kamen von sämtlichen Maximal- und Minimalleistungen während der 87 Arbeitswochen auf:

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
Maximal 4,2 %	23,4 %	28 %	27,2 %	16,9 %	—
Minimal 27,9	6,4	1,7	4,6	15,7	44,6 %

Auch hieraus ergibt sich die gleiche Reihenfolge für die drei günstigsten Wochentage Mittwoch, Donnerstag, Dienstag.

Dr. Bernays sucht die Verschiedenheiten in der Arbeitsleistung der einzelnen Wochentage auch zu erklären. Sie ist sich dabei aber wohl bewußt, daß ihre Erklärungen nichts anderes sind als ein Versuch, eine Hypothese aufzubauen, die mehr oder minder glaubwürdig erscheint und sich auf möglichst viele Einzel-tatsachen stützen kann. Der Montag wird nach ihr von Betriebsleitern allgemein als der am wenigsten ertragreiche Arbeitstag angesehen. Als Ursache hierfür werden vor allem die Sonntagsgewohnheiten der deutschen Bevölkerung verantwortlich gemacht.

Die Arbeitsfähigkeit der Männer am Montag soll durch den Alkoholgenuß, die der Frauen durch Vergnügungen, Tanz usw. beeinträchtigt sein. Dr. Bernays sieht in den Minderleistungen der Frauen am Montag auch noch die Nachwirkungen „erotischer Strapazen“. Zum geringeren Teile will sie den Abungsverlust gelten lassen, der durch die Pause vom Sonntag eingetreten ist. Nun wird gewiß niemand bestreiten, daß sowohl Alkoholgenuß wie „erotische Strapazen“ des Sonntags die Montagleistungen herabdrücken können, wie weit das im Einzelfalle zutrifft, läßt sich natürlich nicht nachweisen, besonders im zweiten Punkte nicht. Sehr nahe liegt aber als Erklärung für die geringeren Leistungen der Frauen am Montag ein anderer Grund: die Arbeit der Frau im Hause. Ist die Fabrikarbeiterin Gattin und Mutter, so hat sie sehr oft am Sonntag eine schwere Arbeitslast zu bewältigen. Die Wohnung muß gründlicher als sonst geäubert, es muß gewaschen und geflickt werden. Der Wert des Sonntags als Tag der Erholung geht hierbei verloren. Diese Belastung der Arbeiterin muß zum mindesten so gut in Rechnung gestellt werden, wenn die Minderleistung am Montag durch die Kraftverausgabung am Sonntag erklärt werden soll, wie die Vergnügungen der verschiedensten Art. Es kam natürlich gar nicht bestritten werden, daß manche Vergnügungen der Arbeiter alles andere eher als Erholung sind. Sie aber allein oder doch in erster Linie für die Minderleistung am Montag verantwortlich zu machen, geht nicht an. Die Steigerung der Leistung am Dienstag und Mittwoch erklärt Dr. Bernays aus dem Wiedererlangen der durch die Sonntagspause verlorenen Leistungsfähigkeit, durch das Auswirken der Anregung der Montagsarbeit und durch den starken Willenimpuls, die geringere Leistung wettzumachen. Die Fortwirkung und Steigerung dieser Faktoren ist die Ursache der hohen Leistung am Mittwoch. Der Grund für den geringen Rückgang am Donnerstag und den größeren am Freitag wird in der Ermüdung gesehen. Daneben werden das Nachlassen der Arbeitswilligkeit und für die auffallend geringe Leistung am Samstag ein gewisser Grad von Feiertagsstimmung als Ursachen angesprochen.

Interessant ist, daß Professor Max Weber bei westfälischen Webern für die ersten vier Arbeitstage der Woche die gleiche Intensität ermittelt hat wie Dr. Bernays: Steigen vom Montag bis Mittwoch und langsames Nachlassen am Donnerstag. Für die zwei letzten Wochentage hat sich aber die Leistung der männlichen Arbeiter ganz anders gestaltet, sie ist am Freitag wieder gestiegen und am Samstag noch weiter. Das soll eine bei männlichen Arbeitern häufige Erscheinung sein, und wenn die Arbeiter Stücklohn beziehen, ihre Ursachen in dem Bestreben haben, einen guten Zahltag zu erreichen. Ob das konstante Zurückgehen der Leistungsfähigkeit der Arbeiterin vom Mittwoch bis zum Wochenschluß ein spezifisches Kennzeichen weiblicher Arbeit ist, kann natürlich auf Grund der wenigen Erfahrungen nicht entschieden werden.

In der gleichen Weise wie für die Ringspinnerinnen untersucht Dr. Bernays auch die Leistungen der Grob- und Feinspinnerinnen. Für die letzteren ergibt sich, daß der Samstag und Montag die geringsten Leistungen aufweisen. Die Höchstleistung fällt jedoch schon auf den Dienstag, während der Mittwoch einen beträchtlichen Rückgang zeigt, der aber am Donnerstag wieder einer Steigerung Platz macht, die die Leistung fast die Höhe wie am Dienstag erreichen läßt. Freitag und Samstag fallen wieder ab. Fast ähnlich verläuft die Leistungskurve bei den Grobspinnerinnen; sie setzt nur am Montag noch höher ein und erreicht am Dienstag ihren höchsten Stand; am Mittwoch tritt ein Rückgang ein und am Donnerstag wieder eine Steigerung. Freitag fällt weniger, Samstag sehr stark ab. Die Ursachen für die Unterschiede in der Zeitspanne, die zur Erreichung der höchsten Leistung — gerechnet vom Wochenbeginn — notwendig ist, lassen sich aus dem geringen Material nicht feststellen. Dies kann vielmehr nur der Anlaß sein, bei ähnlichen oder gleichen Untersuchungen der Frage besondere Aufmerksamkeit zu widmen. J. H.

Gegen die Frauenverblödung im Kino.

Das Kinematographentheater hat in wenigen Jahren eine ausschlaggebende Rolle für das Schaubedürfnis der großen Menge, namentlich aber der Frauen gewonnen. Leider ist dieser Entwicklung von uns bisher viel zu wenig Beachtung geschenkt worden. Anders wäre es nicht möglich, daß in zahlreichen Filmen Szenenreihen vorgeführt werden könnten, die unseren gesamten Ideen geradezu ins Gesicht schlagen. Ganz im Stil der bekannnten faulen Philisterwitze werden wir zu oft in kinematographischen Darstellungen die Frauen lächerlich gemacht, die in irgend einer Weise die Bahnen des gedankenlosen Herkommens verlassen, um für neue Ideale einzutreten. Und andere Vorführungen wieder zeigen die klassenbewußten, kämpfenden Proletarier so, wie sie die Reichsverbändler und Scharfmacher für ihre Zwecke dem lieben Publikum an die Wand malen. Kurz alles, wofür die aufgeklärte Proletarierin mit glühender Seele kämpfen muß, wird nur zu oft in den Lichtbildtheatern durch rührlige oder auch possenhafte Szenen verleumdet und verhöhnt.

In welchem Umfang das lebende Lichtbild verheßend und verdummend zu wirken vermag, das erfährt schon aus der großen Zahl der Kinos in Deutschland, die heute 3000 übersteigt. Wenn man sich weiter vor Augen hält, daß jetzt bereits jeder Film von wenigstens anderthalb Millionen Menschen gesehen wird, dann kann man die Größe der angedeuteten Gefahr nicht mehr unterschätzen. Es kommt hinzu, daß zum mindesten die Hälfte der Kinobesucher von der Frauenwelt gestellt wird. Daß diese Frauen und Mädchen aber zum größten Teil gerade der Arbeiterklasse angehören, also aus unserem ureigensten Agitationsgebiet stammen, lehrt jeder Blick in das erste beste Kino. Nachweislich wirkt das bewegliche Lichtbild mit seinen eindringlichen Darstellungen außerordentlich nachhaltig auf jeden, sogar auf Männer. Manch ein Besucher ist schon bei aufregenden Szenenreihen ohnmächtig geworden. Angesichts der größeren seelischen Erregbarkeit, dem Vorwiegen des Gefühlsliebens bei der Frau, müssen die lebenden Lichtbilder auf sie noch viel stärker wirken als auf den Mann. Wer sich die Mühe macht, im Kino die andächtig schauenden Frauen aufmerksam zu beobachten, der wird den unverwischbaren Eindruck mit nach Hause nehmen, daß viele Besucherinnen unwiderstehlich gepackt, ja bis in die Tiefen ihrer Seele aufgewühlt werden. Wenn diese Behauptung übertrieben erscheint, der besuche an einem Sonnabend ein gut gehendes Kino. An diesem Tage ist gewöhnlich die Besucherzahl am höchsten, oft auch noch am Sonntag. Die Wirkung der kinematographischen Darbietungen auf die Zuschauer und besonders auf die zahlreichen Zuschauerinnen tritt dabei am stärksten in die Erscheinung. Der kritische Beobachter kann auch dann die besten Studien machen, wenn er zufällig kein Kinoprogramm erlebt, das im schroffsten Widerspruch zu dem Wesen und den Idealen der modernen Arbeiterbewegung steht.

Wenn wir auf diese Kinogefahr warnend hinweisen, so schießt das nicht, um die Lichtbildtheater in Grund und Boden zu verdammen. Es gehört zwar zum guten Ton, den Kinos alles Schlechte nachzusagen und ihren Besitzern, wie den Filmfabrikanten ewige Höllenstrafen zu prophezeien. Allein trotz aller Verurteilungen schießen die Kinos wie Pilze aus der Erde, und die Kreise ihres Stammpublicums vergrößern sich ständig. Man wird gut tun, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß das Kino eine glänzende Errungenschaft ist und daß es nicht Unterdrückung und Drangsalierung verdient, sofern es den Zwecken guter, vollstümlicher Unterhaltung und wahrer Bildung dienstbar gemacht wird. Und solchen Zwecken muß es besonders durch unsere Bewegung und für unsere Bewegung nutzbar gemacht werden. Es gilt den Kampf gegen verblörende Filme. Die außerordentlich bildende und agitatorische Kraft der Lichtbilder muß in den Dienst unserer Bewegung gestellt werden! Gehen die politisch und gewerkschaftlich organisierten Proletarier in dieser Hinsicht systematisch vor, so werden sie in verhältnismäßig kurzer Zeit den breitesten

uns noch fernstehenden Massen die Ideenwelt des Sozialismus näher bringen.

Wie dringend notwendig es ist, der Beeinflussung der Massen durch die Kinos nicht länger tatenlos zuzusehen, dafür einige Beispiele. Da unsere Leserinnen hauptsächlich kämpfende Arbeiterinnen oder doch Frauen und Töchter von ringenden Proletariern sind, so wollen wir zunächst einige Filme erwähnen, die vom Standpunkt des Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen die schärfste Brandmarke herausfordern. Es gibt Filme, die geradezu systematisch den Streikbruch verherrlichen. Da wird im Lichtbildtheater eine „Tragödie“ vorgeführt. Wir lesen dazu die offizielle „Filmbeschreibung“, das heißt den Text, den der Filmfabrikant für jede neue Szenenreihe ausarbeiten läßt. Diese „Filmbeschreibungen“ unterrichten jeden Kinobesitzer über den Inhalt der allwöchentlich neu herauskommenden Bilder. Die Wiedergabe des Inhalts entkräftet von vornherein den Verdacht, daß wir die Darbietungen einseitig oder voreingenommen skizzieren. Der Film „Tragödie eines Streiks“ wurde mit folgender Inhaltsangabe auf den Markt gebracht:

In einem Elektrizitätswerk sind die Arbeiter mit den Löhnen und der Arbeitszeit nicht zufrieden. Sie beschließen daher den Streik. Wir sehen nach der Proklamierung des Streiks den Werkführer, der am bestigsten für Niederlegung der Arbeit war, zu Frau und Kind nach Hause kommen. Die Frau ist entsetzt, als sie von der Arbeitseinstellung hört — wovon soll sie nun leben? Doch der Mann ruft: „Sie werden uns schon kommen! Licht und Kraft sind unentbehrlich!“ — Hierauf verläßt er die Wohnung, um Streikposten zu stehen. Kurz darauf wird das Kind, ein siebenjähriges Mädchen, krank. Es hat derart heftige Schmerzen im Leib, daß es ohnmächtig wird. Eine Nachbarin holt schnell einen Arzt. Dieser konstatiert Blinddarmentzündung. Nur eine schnelle Operation kann das Kind retten. Man holt einen Wagen, und in Begleitung des Arztes wird das Kind sofort ins Krankenhaus eingeliefert und operiert. Im Elektrizitätswerk stehen inzwischen die Maschinen still. Ein ganzer Stadtteil ist ohne Licht. Gerade als das Kind von den Ärzten operiert wird, verlagert auch im Krankenhaus das Licht. Die Ärzte sind entsetzt und ratlos. Die antretende Krankenschwester läuft hinaus, um Licht zu holen. Sie kommt mit einer Lampe in das Operationszimmer zurück! Das arme Kind ist inzwischen gestorben. Bewegten Herzens stellen die Ärzte den Tod fest.

Erstückernd ist der Augenblick, da die Mutter, die verängstigt mit der Nachbarin wartet, vom Arzt die Todesnachricht erhält. Völlig gebrochen kommt sie wieder nach Hause. Auch der Vater ist inzwischen gekommen. Er sieht das veränderte Wesen seiner Frau und erfährt nun von dem entsetzlichen Unglück. Unter den bestigsten Selbstanklagen verläßt dieser Mann nun die Wohnung. Er eilt in die Fabrik, um den Betrieb wieder herzustellen. Er hat ja am eigenen Leibe erfahren, was für ein Unglück durch den Streik heraufbeschworen wurde, — vielleicht könnte noch mehr passieren. Atemlos kommt er zum Werk. Doch die Streikposten wollen ihn nicht durchlassen. Mit großer Anstrengung macht er sich Bahn. Empört sehen sich die streikenden Arbeiter an und rufen: „Unser Führer ist ein Streikbrecher.“ Schnell benachrichtigen sie die Genossen von dem Vorgefallenen. Inzwischen bittet der Vater himmelhoch den Direktor des Werkes, ihn nicht den Eintritt zu verweigern. Tränenden Auges erzählt er vom Tode seines Kindes. Dann geht er zur Schalttafel, um die gestörten Leitungen wieder in Betrieb zu setzen. Vor der Fabrik sammelt sich inzwischen eine große Arbeitermenge an. Erregte Gesichter, drohende Häuse strecken sich dem unglücklichen Vater entgegen. Doch dieser erzählt weinend, daß sein liebes Kind starb. So mancher Vater ist unter den Arbeitern. Alle verstehen sie den Schmerz des gebeugten Mannes. Stumm reichen sie ihm die Hand.

Auch der Direktor kommt zu der Menge. Er erklärt den Arbeitern, daß er sein Möglichstes tun werde, um ihre Forderungen zu berücksichtigen. — Da teilt sich die Menge. Alle Arbeiter entblößen das Haupt. Die unglückliche Mutter kommt. Weinend sinkt sie ihrem Manne in die Arme. Bewegt, mit Trostesworten reicht ihr der Direktor die Hand.

In allen Teilen Deutschlands haben zahlreiche Frauen und Mädchen diese Szenen gesehen oder werden sie noch sehen. Sie werden unabweisbar bei vielen davon schwere Bedenken gegen den Streik, sogar starke Abneigung gegen ihn wahrnehmen. Ein Ausbleiben dieser Wirkung hätte zur Voraussetzung, daß die Mehrzahl der Frauen des werktätigen Volkes bereits

so aufgeklärt und geschult wäre, daß an ihrem sicheren Urteil jeder Verdummungsversuch abprallt. Aber Hand aufs Herz! Wer wagt das zu behaupten? Man muß leider annehmen, daß der erwähnte Film bei einem großen Teil, wenn nicht der Mehrzahl der Zuschauerinnen eine Stimmung und Auffassung zurückläßt, aus der heraus sie jeder Streikabsicht ihrer Angehörigen entgegentreten werden. Was wir an Erkenntnis hier und da durch mühselige Agitation zum Keimen brachten, wird gewiß in vielen Fällen durch solche Darbietungen zerstört. Wie aber vollends in dem großen Kreise der Frauen, die noch nicht für unsere Ideen gewonnen werden konnten, Streikbruchverherrlichungen in so rührseliger Form wirken, das wird sich jede Leserin selbst klar machen. Derartige Filme kommen nicht etwa vereinzelt vor. Dafür ein anderes Beispiel. Diese Lichtbilderszenen führen den verheißungsvollen Titel: „Die Streikbrecherinnen.“ Die „Filmbeschreibung“ unterrichtet über den Inhalt mit folgenden Worten:

Der Bauarbeiter Meyer ist einer von denjenigen, welche die Arbeit nicht erfinden haben. Aber da sie nun einmal erfunden ist, muß sich Meyer wohl oder übel mit ihr befreunden, zumal seine sehr energische „bessere Hälfte“ ihn wieder an der Strippe hält. Natürlich ist diesem Arbeiter jeder Anlaß willkommen, um sich von seiner beruflichen Tätigkeit zu drücken. Meyer läßt sich daher nur zu gern von seinen streikenden Kameraden als Führer wählen. Frau Meyer ist hiermit aber durchaus nicht einverstanden. Da liest sie in der Zeitung eine Bekanntmachung der Baugesellschaft, in der es heißt: „500 Mark zahlen wir demjenigen, der uns in den Ausstand getretenen Arbeiter veranlassen kann, die Tätigkeit wieder zu den alten Bedingungen aufzunehmen!“ Der Entschluß der Frau Meyer ist schnell gefaßt. Sofort sprengt sie mit ihrer Lungen- und Häufigegewalt eine Versammlung der Streikenden, packt ihren Mann, der beim Anblick seiner Kantippe plötzlich ganz kleinlaut geworden ist, am Stragen und schleppt ihn heim. Unser Meyer muß nun, von der Frau gezwungen, am Waschtisch die Arbeit der Hausfrau verrichten. Diese aber ruft die Frauen der Ausständigen zusammen und gewimmt sie rasch für den Plan, sich der Bauleitung zum Erfah der Männer anzubieten — das weitere werde sich schon finden. Der Bauleiter ist auch klug genug, auf Frau Meyers Absichten einzugehen. Was diese aber vorausgesetzt hat, das geschieht. Als die Männer hören, daß ihre „besseren Hälften“ auf dem Bau herumsteigen, wollen sie sich nicht ins Handwerf pfeuchen lassen. Einmütig begeben sich die Männer nunmehr zu den Arbeitsstätten und erklären sich bereit, wieder mitzutun. Frau Meyer aber sticht schmuckend die verheißene Belohnung ein. Sie hat zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen!

Diese Szenenreihe wird als eine „humoristische“ bezeichnet. Daß Streikbestrebungen mit plumpen Mitteln lächerlich gemacht werden, liegt auf der Hand. Noch verwerflicher aber ist die Verherrlichung des Judaslohnes von 500 Mk. Diese Darstellung muß im Herzen vieler Frauen verwirrend und vergiftend wirken. Niemand wird wohl einwenden, daß das Stück nicht ernst genommen werden könne. Mag es dieser oder jener Zuschauerin auch neu vorkommen, daß eine Gesellschaft für die Verleitung zum Streikbruch 500 Mk. Belohnung zahlt, so wird das doch für möglich gehalten werden. Es ist ja soeben im Film gezeigt worden. Das ist für viele ein unwiderleglicher Beweis. Naive Gemüter glauben heute noch, alles was gedruckt wird, müsse auch wahr sein. Wieviel mehr Nahrung noch bieten die kinematographischen Darstellungen der Leichtgläubigkeit! Daß diese Szenen von Schauspielern nach einem vorher ausgearbeiteten Plan und vorausgegangenen Proben „gestellt“ worden sind, wissen nur die wenigsten Kinobesucher. Viele werden an die Wahrheit, an das tatsächliche Geschehen der vorgeführten Lichtbilderszenen glauben und sich durchaus nicht so leicht die Überzeugung beibringen lassen, daß alles nur Erfindung, gewissermaßen nur Märchen ist.

Diese Filme mit den Streikbruchverherrlichungen lassen genügend erkennen, wie verblöden die Wirkungen auf noch unmaufgeklärte Frauen sein müssen. Dazu kommt ihr mittel- und unmittelbarer Einfluß auf die Jugend. Wie die Frauen, die derartige Zeug häufig genießen, ihre Kinder erziehen werden, darüber wird man eine zutreffende Vorstellung haben. Die von kapitalistischer Gesinnung erfüllten Filme verderben nicht nur das

Geschlecht der heutigen Freiheitskämpfer, sie pauken weit darüber hinaus der heranwachsenden Generation den unheilvollen bürgerlichen Katechismus von der Demut, Entfagung und Unterwürfigkeit der Ausgebeuteten ein. Man beobachte, wie viele Arbeiterfrauen ihre Kinder mit in das Kino nehmen und sie unter den gleichen Eindruck bringen, der sie selbst so stark bewegt, und den sie durch Reden und Handeln in der Seele des Kindes noch vertiefen. Die Kinogefahr steht drohend vor unsereren Toren! Die für Freiheit und Kultur kämpfenden Proletarierinnen haben in den „gutgesinnten“ Filmdarstellungen einen der schlimmsten Feinde ihrer Bestrebungen, ihrer Arbeit. Diese Erkenntnis muß sie dazu führen, die entschiedensten Pioniere für die systematische Ausnutzung der Kinos im Dienste der sozialistischen Arbeiterbewegung zu sein.

F. May Grempe, Berlin.

Betrogene Witwen und Waisen.

Im letzten Reichstagswahlkampf haben die bürgerlichen Parteien in marktchreierischer Weise ihre Verdienste um das Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung und die Wohltaten der dadurch geschaffenen Hinterbliebenenfürsorge gepriesen. Nunmehr, da die Reichsversicherungsordnung in der Wirklichkeit ihre Schönheiten offenbart, wird die Enttäuschung der unaufgeklärten Massen um so herber sein, die auf jene Anpreisungen hin den bürgerlichen Stimmenführern ins Netz gegangen sind. Es ist das eine harte Lehre für sie: Freilich haben die aufgeklärten Klassenbewußten Arbeiter und ihre Hinterbliebenen ebenso unter den Mängeln der Reichsversicherungsordnung zu leiden, wenn sie ihre Rentenansprüche bei den deutschen Landesversicherungsanstalten geltend machen. In folgendem einige Beispiele davon, wie die Landesversicherungsanstalten und die neu geschaffenen Oberversicherungsämter die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung auf Grund des geschaffenen Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung auslegen und wie die Antragsteller und deren Hinterbliebene — Witwen und Waisen — mit ihren Rentenansprüchen abgewiesen werden. Sie dürften für viele unserer Leserinnen von Interesse sein.

Während des Wahlkampfes verbreitete die bürgerliche Presse die Meinung, daß nach dem Tode des Versicherten dessen invalide Ehefrau wie seine Kinder unter 15 Jahren die Rente erhalten müssen. Nun aber weisen die Landesversicherungsanstalten und Oberversicherungsämter auf Grund der gesetzlichen Einführungsbestimmungen sehr viele Ansprüche ab, die von Hinterbliebenen geltend gemacht werden. Artikel 71 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung besagt nämlich:

„Keinen Anspruch auf Fürsorge haben nach dem vierten Buche der Reichsversicherungsordnung die Hinterbliebenen solcher Versicherten, welche am 1. Januar 1912 bereits verstorben waren.“ Durch diese Bestimmung ist allen im Jahre 1911 zu Witwen und Waisen Gewordenen die Hoffnung auf Rente genommen. Nicht besser geht es den Hinterbliebenen solcher Versicherten, die bereits vor dem 1. Januar 1912 Invalidenrente bezogen haben und erst nach dem 1. Januar 1912 verstorben sind. Bestimmt erwarteten diese, daß sie die Rente erhalten würden, war doch der Tod ihres Ernährers eingetreten, als das neue Gesetz bereits in Wirkung war. Aber ihren Ansprüchen hat man ebenfalls im Artikel 71 des Einführungsgesetzes durch die weiteren Bestimmungen einen Riegel vorgeschoben. Es erklärt über den nicht vorhandenen Rechtsanspruch auf Fürsorge: „Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen solcher Versicherten, welche am genannten Tage (das heißt am 1. Januar 1912) im Sinne des § 5 Absatz 4 des Invalidenversicherungsgesetzes dauernd erwerbsunfähig waren und dann verstorben sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wieder erlangt zu haben.“ Somit sind auch die Hinterbliebenen aller vor dem 1. Januar 1912 bereits invalid gewordenen Arbeiter rechtlos, und das selbst dann, wenn der Tod des Versicherten erst im Jahre 1912 er-

folgt ist. Ihre Ansprüche werden von den Landesversicherungsanstalten und Oberversicherungsämtern abgewiesen unter Hinweis auf die vorstehenden Vorschriften. Diese Unterstellen fest, daß der Verstorbene die Invalidentauerrrente bezogen hat und bis zum Tode nicht wieder erwerbsfähig geworden war. Tausende von Witwen und Waisen strecken in der Folge vergeblich ihre Hände nach den dürftigen Brosamen der Hinterbliebenenversicherung aus. Auch diese Brosamen bleiben ihnen verjagt, von „Rechts wegen“. Aber auch die Nachzahlung der Invalidentrente wird den Hinterbliebenen verweigert. Das beweist dieses Beispiel, das gleichfalls für viele Fälle gültig sein dürfte: „Ein Straßenbahnschaffner D. erkrankte am 10. August 1911 (Gehirnleiden) und ging am 21. September 1911 in ärztliche Behandlung eines Dr. B., welcher ihn erst 1912 — rückwirkend vom 10. August 1911 — für invalid erklärte. Am 3. Februar 1912 verstarb nun D., worauf die Witwe des D. Wittwengeld und im Falle dessen Ablehnung die rückständige Invalidentrente vom 10. August 1911 bis zum Tode auf Grund des Attestes des Dr. B. beanspruchte. Beides wurde der Witwe D. abgelehnt. Das Wittwengeld deshalb, weil Dr. B. die völlige Invalidentät des D. schon für den 10. August 1911 konstatiert und dieser die Erwerbsfähigkeit bis zu seinem Tode nicht wieder erlangt hatte! Die Nachzahlung der Invalidentrente aber deshalb, weil der Verstorbene vor seinem Tode keinen Antrag darauf gestellt hatte.“ So entschiedenes Landesversicherungsanstalt und Oberversicherungsamt in Braunschweig. Die betreffende Witwe erhielt für die Beiträge, die ihr Mann bis zu seinem Tode geleistet hat, keinen Pfennig, obgleich der verstorbene Ehemann auch nichts an Rentenbeträgen erhalten hatte, da ja die frühere Beitragszurückstattung ebenfalls in Wegfall gekommen ist.

Auf diese Weise wird mit den Beiträgen der Arbeiterschaft des Deutschen Reiches gewirtschaftet, die durch die Reichsversicherungsordnung um zirka 25 Prozent erhöht worden sind. Also neben Verweigerung der Waisen- und Witwenrenten kein Wittwengeld, keine rückständige Invalidentrentennachzahlung und ferner keine Beitragszurückstattung an die Hinterbliebenen! Auf bürgerlicher Seite nennt man das „soziale Fürsorge für Witwen und Waisen“. Als Ausgleich für das, was man den Witwen und Waisen entzieht, tritt eine gewaltige Ansammlung von Kapital in den Landesversicherungsanstalten ein, und es wird ein immer größeres Beamtentum schleimster bürokratischer Dressur im Versicherungswesen geschaffen. Auch diese Tatsachen predigen den proletarischen Frauen die Lehre vom Klassenkampf und mahnen sie, von der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Stützen nichts zu erwarten.

Rudolf Bogler, Braunschweig.

Das Bürgerrecht der Frau in der Gemeinde.

Rede des Abgeordneten Genossen Hirsch
im preußischen Abgeordnetenhaus.

Meine Herren! Die große Anzahl von Petitionen von Frauenvereinen, mit denen wir uns augenblicklich zu beschäftigen haben, beweist, ein wie reges Interesse die Frauen den kommunalen Fragen entgegenbringen. Die Petitionen sind zugleich ein erfreuliches Zeichen des Erwachens des politischen Geistes unter den Frauen. In ihrem Inhalt gehen die Petitionen auseinander. Während von einer Seite die Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen verlangt wird, begnügen sich andere Petenten mit der Forderung, den Frauen das Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen unter denselben Voraussetzungen zu gewähren, wie die Männer es haben. Wieder andere Petenten beschränken sich auf die Forderung, daß den Frauen, die heute verpflichtet sind, durch einen Stellvertreter ihr Wahlrecht in der Landgemeinde ausüben zu lassen, das Recht verliehen wird, ihr Wahlrecht persönlich auszuüben. Noch bescheidener ist schließlich die Petition des Preussischen Landesvereins für Frauenstimmrecht in Berlin, die nur eine Abänderung des § 109 der Landgemeindeordnung nach der Richtung hin wünscht, daß Frauen gestattet wird, an den Sitzungen der Gemeindevertretungen beziehungsweise Gemeindevertretungen teilzunehmen.

Meine Freunde haben beantragt, alle diese Petitionen der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, nicht etwa, weil wir mit den Petenten in jeder Beziehung übereinstimmen, sondern weil wir uns sagen, daß es nicht genügt, die Petitionen der Regierung als Material zu überweisen, was ja doch im Grunde genommen nichts anderes als eine Beförderung in den Papierkorb bedeutet. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es höchste Zeit ist, die Regierung endlich einmal durch einen Beschluß des Hauses aufzufordern, die veralteten Stadt- und Landgemeindeordnungen der Neuzeit entsprechend zu ändern. Unsere grundsätzliche Stellung ist Ihnen bekannt. Wir haben dieser grundsätzlichen Stellung in einem Antrage, den wir im Jahre 1909 eingereicht haben und der unter anderem die Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen, und zwar sowohl des aktiven wie des passiven Wahlrechts, fordert, Ausdruck verliehen.

Was zunächst die erste Petition betrifft, so wird verlangt, daß den Frauen das Wahlrecht in der Gemeinde unter den gleichen Bedingungen verliehen wird, unter denen die männlichen Gemeindeangehörigen es besitzen. Meine Herren! Grundsätzlich können wir uns mit der Forderung der Petenten nicht einverstanden erklären. Wir sagen uns, daß, wenn den Frauen das Wahlrecht unter denselben Voraussetzungen gewährt wird, wie die männlichen Gemeindeangehörigen es haben, dadurch lediglich ein neues Privileg für die besitzenden Frauen geschaffen wird; dafür sind meine Freunde nicht zu haben. Wir haben uns ja mit einer ähnlichen Petition bereits wiederholt in den Jahren 1909 und 1910 beschäftigt und haben damals beschlossen, die Petitionen der Regierung als Material zu überweisen. Eine Antwort seitens der Regierung ist uns nicht zuteil geworden; sie hat nicht das geringste veranlaßt, und aus den Äußerungen des Herrn Regierungsvertreters in der Gemeindefraktion entnehmen wir, daß die Regierung sich grundsätzlich den Forderungen der Frauen gegenüber ablehnend verhält.

Der Herr Regierungsvertreter führte aus, daß die Frau in den Landgemeinden — es handelt sich ja da nur um grundbesitzende Frauen — nicht deshalb zum Wahlrecht zugelassen würde, weil sie dem Manne hinsichtlich des Gemeinderechts gleichgestellt ist, sondern lediglich deshalb, damit der von ihr vertretene Grundbesitz bei den Gemeindevahlen nicht ausgeschaltet wird. Es handelt sich also hiernach nicht um ein Recht, das der Frau verliehen ist, sondern um ein Recht, das dem Besitze verliehen ist, und sie werden es erklärlich finden, daß wir für eine Erweiterung dieses Rechtes nicht zu haben sind. Weiter erklärte der Regierungsvertreter, die geforderte bedingungslose Übertragung des Frauenstimmrechts würde aller Voraussicht nach so, wie die Dinge tatsächlich liegen, kaum einen hinreichenden Resonanzboden finden. Leider hat der Herr Regierungsvertreter nicht gesagt, wo diese Forderung einen hinreichenden Resonanzboden nicht findet. Darüber, daß sie ihn hier im Hause nicht findet, sind wir uns alle klar; aber ob die Forderung im Volke einen hinreichenden Resonanzboden findet oder nicht, darüber ist der Herr Regierungsvertreter nicht unterrichtet. Ich bin überzeugt, daß die große Mehrzahl des preussischen Volkes auf dem Standpunkt steht, daß auch den Frauen zum mindesten das Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen erteilt werden muß. Weiter meinte der Herr Regierungsvertreter, eine Gesetzgebung im Sinne dieser Petition würde sowohl für die Städte- wie für die Landgemeindeordnungen eine tief einschneidende Neuerung bedeuten und das geltende Kommunalwahlrecht von Grund aus umgestalten; sie würde eine allgemeine Revision der Gemeindeverfassungsgesetze zur notwendigen Voraussetzung haben, da sie keineswegs in separato (getrennt, für sich allein) erfolgen könnte; eine solche Revision der Städte- und Landgemeindeordnungen beabsichtige die Regierung aber zurzeit nicht. Darauf ist zunächst zu erwidern, daß diese Frage sehr wohl in separato gelöst werden kann. Es ist durchaus nicht notwendig, zu diesem Zwecke unsere Städte- und Landgemeindeordnungen vollständig zu ändern, aber meine Freunde wünschen ja gerade aus den von dem Herrn Regierungsvertreter geltend gemachten Bedenken die Überweisung der Petition zur Berücksichtigung, weil wir uns sagen, daß die Städte- und Landgemeindeordnungen samt und sonders veraltet sind, daß es höchste Zeit ist, daß die Regierung endlich einmal an eine Revision dieser Gesetze herangeht.

Meine Herren! Die Gesetzgebung hat mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Es geht auf dem Gebiete der kommunalen Gesetze genau so wie auf allen übrigen Gebieten in Preußen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist den gesetzgebenden Körperschaften gleichgültig; sie machen nicht Gesetze, wie sie den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, sondern Gesetze, die

einer 50 und 100 Jahre hinter uns liegenden Zeit vielleicht angepaßt wären. Unsere Städteordnung für die östlichen Provinzen erfreut sich des ehrwürdigen Alters von beinahe 60 Jahren. Im Jahre 1853 aber, als die Städteordnung erlassen wurde, gab es nur verhältnismäßig wenig erwerbstätige Frauen. Inzwischen ist die Zahl der Frauen, die in Industrie, im Handel und Verkehr und in freien Berufen erwerblich tätig sind, die Zahl der Frauen, die gezwungen sind, sich selbst ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit zu erwerben, ganz gewaltig angeschwollen. Nach der Berufszählung vom Jahre 1909 gab es im Deutschen Reich neben 18½ Millionen Männern 9½ Millionen Frauen, die im Erwerbsleben stehen. Die Hälfte aller erwachsenen Frauen verdienen sich ihren Lebensunterhalt selbst, der dritte Teil der Erwerbsarbeit wird von den Frauen geleistet. (Hört, hört!) Allein in der Landwirtschaft sind 4,5 Millionen Frauen tätig, nur 700 000 Frauen weniger als Männer. In der Industrie zählen wir 2,1 Millionen erwerbstätiger Frauen. Das bedeutet, daß sich im Verlaufe von 25 Jahren die Zahl der in der Industrie tätigen Frauen verdoppelt hat. In Handel und Verkehr zählen wir 930 000 Frauen; das bedeutet gegen das Jahr 1882 eine Verdreifachung. Auch in den sogenannten freien Berufen ist die Zahl der Frauen, die auf Erwerb angewiesen sind, von Jahr zu Jahr gestiegen; sie hat sich im Laufe von wenigen Jahren verdoppelt. Nach der letzten Berufszählung sind neben 1,4 Millionen Männern 200 000 Frauen in freien Berufen tätig.

Meine Herren! Wollen Sie wirklich allen diesen Frauen das Wahlrecht vorenthalten? Glauben Sie, daß diese große Anzahl von Frauen gar kein Interesse am öffentlichen Leben hat — oder sind Sie nicht vielmehr überzeugt, daß die politischen Angelegenheiten, ganz besonders die kommunalpolitischen Angelegenheiten für die erwerbstätigen Frauen von allergrößter Bedeutung sind? Ich halte die Wünsche der Frauen nach einer Erweiterung des Wahlrechts für durchaus berechtigt und kann nur bedauern, daß die meisten der Petenten so unendlich bescheiden sind, sich mit so ganz geringfügigen Forderungen zu begnügen. Es wird eingewendet werden — diesen Einwand haben wir auch bei früheren Beratungen hier im Hause vernommen —, daß die Frau ins Haus gehöre, daß man das Familienleben nicht zerstören solle und was dergleichen schöne Redensarten mehr sind. Ich bezeichne das absichtlich als Redensarten. Man kann leicht sagen: die Frau gehört ins Haus — die wirtschaftliche Entwicklung zwingt Millionen und aber Millionen von Frauen, außerhalb des Hauses ihren Erwerb zu suchen; die wirtschaftliche Entwicklung zwingt Hunderttausende von Frauen, weil das Einkommen des Mannes zu gering ist, teils außerhalb des Hauses, teils im Hause mit zu verdienen, so daß sie sich um ihre Familie nicht so kümmern können, wie es jeder von uns wünschen dürfte. Also man kann nicht sagen, daß durch die Gewährung des Frauenstimmrechts das Familienleben vernichtet wird, sondern man muß sich auf den Standpunkt der nackten Tatsachen stellen; wenn man das aber tut, dann kommt man zu dem Schluß, daß infolge unserer ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse in weiten Teilen des Volkes von einem wirklichen Familienleben kaum noch die Rede ist.

Auch in der Kommission sind ja ähnliche Einwendungen gegen die Forderungen der Frauen erhoben worden. Es ist weiter die Befürchtung ausgesprochen worden, daß nicht allein ein großer Teil männlicher, sondern auch weiblicher Wähler über die Geschicke einer Gemeinde zu bestimmen hätten, denen das nötige Verständnis für die größeren Gesichtspunkte und Aufgaben einer Stadtverwaltung durchaus fehle. Auf diesen Einwand war ich gefaßt, er ist ja nicht neu, wir haben ihn hier wiederholt gehört. Ja, meine Herren, glauben Sie wirklich, daß all diejenigen, die auf Grund ihres Einkommens Wähler erster oder zweiter Klasse sind, mit dem Geldbeutel gleichzeitig auch das Verständnis für größere Gesichtspunkte erlangt haben? Nein, meine Herren, das sind zwei Dinge, die voneinander vollkommen unabhängig sind. Man könnte im Gegenteil sagen, daß gerade die besitzlose Masse im allgemeinen ein weit größeres Verständnis für die Aufgaben einer Stadtverwaltung hat als die Besitzenden, denen es häufig an dem Gemein Sinn und der Opferwilligkeit fehlt. Wenn aber schon ein solches Argument angeführt wird, so sollte man sich doch die Frage vorlegen: Wie ist es unter solchen Umständen berechtigt, das Stimmrecht noch weiter kapitalistischen Erwerbsgesellschaften zu gewähren, die überhaupt gar nicht in der Gemeinde wohnen und kein Interesse an ihrem Gedeihen haben? Dann müßte man logischerweise das Stimmrecht der Forensen und das Stimmrecht der Höchstbesteuerten, wie wir es in der Städteordnung finden, vollkommen beseitigen. Aber darauf geht die Regierung nicht ein. Von einer Beschränkung des Wahlrechts der Besitzenden will sie nichts wissen; wohl aber sträubt sie sich mit Händen und Füßen gegen eine Erweiterung des Wahlrechts der nichtbesitzenden Klassen. (Schluß folgt.)

Aus der Bewegung.

Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Basel und die Frauen. Der Kapitalismus läßt neben Teuerung und Hungersnot die Kriegsgefahr zu einer dauernden Erscheinung werden. Der Balkankrieg mit seinen drohenden Folgen ist ein neuer Beweis dafür. Dem Schrecken ohne Ende gilt es, das erwachte internationale Proletariat in geschlossener Front entgegenzustellen. Welt gegen Welt! Drüben die Welt der profitlosen, kriegsbekundenden Ausbeutenden, hüben die Welt der freiheitssehnsüchtigen Ausgebeuteten. Unter dem Druck der ernststen Situation berief das Internationale Sozialistische Bureau einen außerordentlichen Internationalen Sozialistischen Kongreß nach Basel ein. Er wird nur einen Punkt behandeln:

Die internationale Lage und die Vereinbarung für eine Aktion gegen den Krieg.

Bei dieser wichtigen Willenskundgebung des Weltproletariats dürfen die sozialistischen Frauen so wenig fehlen, wie im heiligen Kriege gegen den Krieg. Die Internationale Sekretärin der Genossinnen aller Länder ließ daher der Einberufung des Kongresses sofort diesen Aufruf folgen:

An die sozialistischen Frauen aller Länder.

Genossinnen! Das greuelvolle Völkerringen auf dem Balkan droht durch die Schrecken eines Weltkriegs überboten zu werden. Die Folgen solchen Geschehens für die Arbeiterklasse sind unabsehbar. Für die Arbeiterklasse, das besagt aber für den gewaltigen Kampf, der die kapitalistische Ordnung stürzen und Raum für den Sozialismus und die höhere Entwicklung schaffen muß. Für das kämpfende Proletariat ist es die heiligste Verpflichtung dieser ernststen Stunde, Schützer und Bewahrer des Friedens zu sein. Die sozialistische Internationale, vertreten durch das Internationale Sozialistische Bureau, hat daher die Arbeiterklasse aller Länder aufgerufen, ihren ehrlichen, unerschütterlichen Friedenswillen der verbrecherischen Kriegshege von Minderheiten entgegenzustellen, für die der Völkermord zum Geschäft gehört. Ein bedeutungsvolles Glied in der Kette der Massenkundgebungen gegen den Krieg wird der

Außerordentliche Internationale Sozialistische Kongreß bilden, der für den 24., 25. und 26. November nach Basel einberufen worden ist.

Genossinnen! Die ungewöhnlichen, verantwortungsschweren Umstände schlossen eine längere Vorbereitungszeit für die Tagung aus. In der Folge ist es euch nicht möglich, euch an diesem Kongreß in einer Stärke zu beteiligen, die eurem Interesse an der Erhaltung des Friedens und der Bedeutung eurer Betätigung im Kampfe gegen Imperialismus und Kriegsgefahr entspricht. Um so dringlicher ist es, daß ihr euch sofort mit den Genossen über die Entsendung weiblicher Delegierter verständigt. Auf dem Kongreß muß es zum Ausdruck kommen, daß in allen Ländern die sozialistischen Frauen mit der gesamten sozialistischen Internationale zum Kampfe zusammengeschlossen sind. Das Blut, das die Schlachtfelder tränken soll, ist den Proletarierinnen kostbarer als der eigene Lebenssaft: es ist das Blut der Ihrigen. Frauennühen, Frauentränen hängen an dem Gut, das Rüstungswahnsinn und Eroberungstollheit gewissenlos vergeuden. Hoffnung auf künftiges Erbe, das der Sozialismus unserem Geschlecht ganz erschließt, ist uns die Kultur, die von eines Weltkriegs ebemem Tritt und bluttriefender Faust bedroht wird.

Genossinnen! Sorgt in fester Ideen- und Kampfesgemeinschaft mit der sozialistischen Internationale dafür, daß es niemals an dem Verständnis und der Opferfreudigkeit der arbeitenden Frauenmassen fehlt, wenn das kämpfende Proletariat seine breite Brust der Kriegshege entgegenstemmt. Unser Kampf gegen den Krieg gilt unserem Todfeind: dem Kapitalismus, der Friede soll uns Wegbereiter des Sozialismus sein

Mit sozialistischem Gruß

Mara Zeitin,
Internationale Sekretärin der sozialistischen Frauen.

Weibliche Delegierte werden auf der Baseler Tagung nicht fehlen. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie ist für die Delegation von Genossinnen eingetreten. Die Organisationsbezirke, die mehrere Delegierte entsenden können, sind von ihm aufgefordert worden, möglichst auch einer Genossin ein Mandat zu übertragen. So viel bis jetzt bekannt ist, hat die Berliner Parteiorganisation außer zwei Genossen Genossin Baader mit ihrer Vertretung betraut. Der Parteivorstand hat Genossin Zeitin als internationaler Sekretärin ein Mandat übertragen. Die Parteileitung der österreichischen Sozialdemokratie hat die Ge-

nosinnen Popp und Pölzer nach Basel delegiert, die italienische Sozialdemokratie dürfte durch Genossin Valabanoff vertreten sein. Wir hoffen, daß auch aus anderen Ländern Genossinnen am Kongreß teilnehmen werden.

Von der Agitation. In der zweiten Hälfte des Oktober fanden für die drei Hamburger Wahlkreise 18 öffentliche Frauenversammlungen statt. Die Genossinnen Ruben, Wehl und Zieg aus Berlin und Genossin Wadwig aus Dresden sprachen über: „Die Frau im Kampf gegen Teuerung und Hungersnot“. Die Versammlungen waren zum Teil überfüllt und vorwiegend von Frauen besucht. Es ist das als ein Erfolg unserer Hamburger Frauenbewegung zu begrüßen, da in den früheren Volksversammlungen, die sich mit ähnlichen Fragen wie den obigen beschäftigten, hauptsächlich Männer anwesend waren, weil beide Gattin selten zugleich vom Hause und von den Kindern fortgehen können. In Warmbed, Gilbed, Finkenwärder und Bergedorf sprach Genossin Ruben. In der ihr eigenen maritimen Art wußte sie in allen Versammlungen durch ihre sachlichen Ausführungen die Zuhörer zu fesseln. Finkenwärder, eine kleine Elbinsel, war früher ausschließlich von Fischern bewohnt. Die Entwicklung hat auch proletarisierend in die Reihen dieser selbständigen Existenzen eingegriffen, die fern vom Trubel der großen Welt leben. Die meisten Männer des Inselchens mußten infolge der Anwendung neuzeitlicher, zweckmäßigerer Verfahren im Fischfang und anderer Umstände ihr liebgewordenes Handwerk aufgeben. Sie sind heute Hafensarbeiter. Lernen sie auch im täglichen Verkehr mit ihren großstädtischen Arbeitsbrüdern im Laufe der Zeit die Notwendigkeit des Klassenkampfes verstehen, so hingen ihre Frauen daheim um so zäher am Althergebrachten. Den Genossen war es bislang noch so gut wie gar nicht gelungen, ihre weiblichen Angehörigen für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Um so freudiger sind die 25 Frauen, die die Versammlung unserer Partei zugeführt hat, in unseren Reihen zu begrüßen. Die „Gleichheit“ wurde in ziemlicher Anzahl bestellt. Damit hat auch in Finkenwärder die proletarische Frauenbewegung Eingang gefunden. In Eppendorf, Hamn, Hohensehnde und Eimsbüttel, wo an die 1000 Personen erschienen waren, erntete Genossin Wehl reichen Beifall durch ihre ebenso klaren als leicht verständlichen Ausführungen. Auf der Veddel, in Harvestehude, Billwärder, Fuhlsbüttel, Curhaven, Seestadt und im zweiten Hamburger Wahlkreis hatte Genossin Wadwig den Vortrag übernommen. Auch sie fand eine aufmerksame Zuhörerschaft, die mit ihrer Zustimmung nicht kargte. Im Gewerkschaftshaus, für den ersten Hamburger Wahlkreis, in Uhlenhorst und in Rotenburgsort sprach Genossin Zieg in gut besetzten Sälen. In Rotenburgsort waren reichlich 1000 Personen erschienen, darunter ungefähr 800 Frauen, die den beredten Worten der Referentin mit ungeteilter Aufmerksamkeit bis zum Schluß folgten. Rotenburgsort ist ein großer, fast ausschließlich von Arbeitern, zumal Hafensarbeitern dicht bewohnter Stadtteil. Ist die Organisation der Männer hier auch eine verhältnismäßig gute, so lieh die der Frauen und deren Beteiligung am politischen Leben noch bis vor Jahresfrist sehr zu wünschen übrig. Inzwischen hatte schon der rasch gestiegene Besuch unserer periodisch einberufenen Frauenagitationsversammlungen den Beweis für die gesteigerte Anteilnahme der Proletarierinnen an den politischen Veranstaltungen erbracht. Der Erfolg in unserer letzten öffentlichen Frauenversammlung war geradezu ein glänzender. 88 weibliche Parteimitglieder und eine tüchtige Anzahl „Gleichheit“abonnenten wurden gewonnen. Der Erfolg der Versammlungen insgesamt war ein sehr guter: Weit über 400 Parteimitglieder und eine große Zahl „Gleichheit“abonnenten sind das vorläufige Ergebnis. Eine allgemeine Nachwirkung der Agitation wird nicht ausbleiben.

Die Versammlungen gaben Gelegenheit zu einer internen Besprechung, an der alle weiblichen Delegierten zu den Kreis- und Landesorganisationsversammlungen, alle Obleute der weiblichen Bestellkommissionen und die Vertreter des Landesvorstands teilnahmen. Genossin Zieg sprach über die Agitation unter den Frauen und deren Schulung fürs politische Leben. Ihren gründlichen Ausführungen schloß sich eine rege und klärende Debatte an. Soweit die vielseitigen Anregungen der Genossin Zieg noch nicht durchgeführt sind, werden sie befruchtend für die fernere Agitationsarbeit der Genossinnen sein. Leider war es der Vortragenden infolge vorgerückter Zeit nicht mehr möglich, sich eingehend über die Aufgaben der Kinderjugendkommissionen unter besonderer Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zu verbreiten.

In Straßburg und Umgebung hat kürzlich Genossin Kardos-Mainz mit bestem Erfolg unter den Frauen gewirkt. Sie sprach zuerst in einer sehr gut besuchten Frauenversammlung in der neu erbauten Gartenvorstadt Stadfeld. Daß sie die aufmerksam lauschenden Zuhörerinnen aufzurütteln verstand, bewies besser noch als

der Beifall die lebhafteste Diskussion, die sich an ihren Vortrag über das Thema anknüpfte: „Warum müssen sich die Frauen politisch betätigen?“ Die Versammlung brachte unserer Parteiorganisation neue Mitglieder und unserer Presse Abonnenten. Die Stadtfelder Genossinnen können mit um so größerer Befriedigung auf diese Erfolge zurückblicken, als die Vorbereitungszeit für die Versammlung nur kurz gewesen war. Mit ihr ist in der Vorstadt die proletarische Frauenbewegung in Fluß gekommen, die sich hoffentlich gut weiter entwickeln wird. In Straßburg selbst nahm Genossin Kardos in einer Protestversammlung gegen die Teuerung nach dem Genossen Böhle zu einer Ansprache an die Frauen das Wort. Die aufklärenden und aufmunternden Ausführungen fanden stürmische Zustimmung. Mit gleich gutem Erfolg referierte unsere Genossin noch in Bischheim in einer stark besuchten Versammlung. Die gegnerischen Zeitungen haben durch wütendes Geklaff über die erweckende und schulende Wirkung dieser Agitation quittiert.

Luisa Felmé, Straßburg.

Eine Agitationstour durch Südbayern unternahm Genossin Röhl aus Neu-Kölln. In Südbayern wie in allen jenen Gegenden, in denen die Landwirtschaft überwiegt, hat die politische und gewerkschaftliche Organisationsarbeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Gewiß gibt es auch hier Städte und Ortschaften mit reger Industrie. Und das Kapital wandelt langsam, aber unvermeidlich die Kleingütler, Söldner, Kleinbauern und Kleinhandwerker in Lohnsklaven um. Aber auch in der Industrie sind diese noch stark in den kleinbürgerlichen Anschauungen jener Schichten befangen, denen sie entstammen. Natürlich erschweren diese Verhältnisse vor allem die Aufklärungsarbeit unter den Frauen. Schon die erste Versammlung in Regensburg, einer Stadt mit gegen 50000 Einwohnern, hatte leider schwachen Besuch. Knapp 80 Personen, zu drei Viertel Frauen, waren erschienen. Wenn die Genossinnen erst einig unter sich arbeiten, muß es jedoch hier mit der Organisation der Frauen vorwärts gehen. Die kleinste Zuhörerschaft kam in Pasing zusammen, einer Stadt mit 10000 Einwohnern in der Nachbarschaft Münchens. War diese Versammlung auch erst in letzter Stunde an Stelle einer anderen angelegt worden, so hätte doch durch rührige Agitation ein besserer Besuch bewirkt werden können. Auch die beiden Münchener Versammlungen ließen zu wünschen übrig. Es waren in jeder der Versammlungen ungefähr 300 bis 400 Personen, meist Frauen, anwesend. Eine rege Diskussion fand in beiden Versammlungen statt. In Landshut, der niederbayerischen Kreishauptstadt, in der heuer die Sozialdemokraten Bayerns ihren Landesparteitag abgehalten haben, war erfreulicherweise der geräumige Saal überfüllt. Eine kampfesfreudige Arbeiterschicht mit einer tüchtigen Leitung an der Spitze läßt hier für die Partei große Erfolge erhoffen. Gut besucht waren auch die Versammlungen in Reichenhall, Perzberg, Hausham, Kempton, Augsburg und Lechhausen. Namentlich in den letztgenannten drei Orten wurden viele Mitglieder für die Partei und Leser für das „Bayerische Wochenblatt“, für unsere Tagespresse und für die „Gleichheit“ gewonnen. Der Vortrag „Die Frau im politischen Kampfe“ fand überall die größte Aufmerksamkeit und Zustimmung. Die Rednerin verstand es trefflich, die Zuhörer aufzurütteln und zu fesseln. Solche Agitationstouren von Genossinnen sind ein dringendes Bedürfnis für unsere Aufklärungs- und Werbearbeit unter den Frauen. Allein in unseren Bergarbeiterrevieren sind Hunderte von Frauen und Mädchen für die Sache des Sozialismus zu gewinnen, ganz abgesehen von den Massen der Proletarierinnen, die in den Städten ihr kümmerliches Dasein fristen müssen. Wer hat denn heute am meisten unter Not und Elend zu leiden? Die proletarische Frau und Mutter. Und wie würde das Elend riesengroß sich aufrichten, wenn es den Regierungen einfallen sollte, die Männer in den menschenmordenden Krieg zu führen. Muß da der Mutter, der Frau nicht alles daran gelegen sein, auch ein Wort in der Politik mitzureden? Aber das Recht hierzu muß sie sich erst zusammen mit der Sozialdemokratie erkämpfen!

Hans Rimmerfall.

Agitation in der Pfalz. Von meiner heurigen Agitation in der Pfalz kann ich leider nicht so viel Schönes wie im Vorjahre mitteilen. Die vorjährige Agitation stand im Zeichen der politischen Hochspannung, die allemal einer Reichstagswahl vorausgeht. Dazu kam die Auflösung des bayerischen Landtags. Diese Lage der Dinge übte eine aufrüttelnde Wirkung auf die Massen aus, füllte unsere Versammlungen und trug nicht unwesentlich dazu bei, daß viele Leute unserer Partei beitraten. In diesem Jahre fehlte ein unmittelbar treibender politischer Anlaß, der die Massen in Bewegung gesetzt hätte. Zwar mußte die Teuerung der notwendigen Lebensmittel Anlaß genug sein, das werktätige Volk, vor allem die Frauen, aufzupeitschen, regeren Anteil am politischen Leben zu

nehmen. Aber in den kleinen Städten und Ortschaften der Pfalz ist es nicht wie in Berlin oder anderen großen Wirtschaftszentren. Viele Pfälzer gehören noch zu jenen, die sehr leicht ihre Not und Bedrängnis vergessen und sich an einen Zustand chronischer Unterernährung gewöhnen und in ihrer Armut und Bedürfnislosigkeit keinen rechten Kampfes- und Wagemut in sich fühlen. Nach meiner Ansicht fanden aber auch meine Agitationsversammlungen drei bis vier Wochen zu früh statt. Während im Vorjahre Weinlese und Feldarbeiten fast beendet waren, als wir uns aufklärend an die Pfälzer wandten, fiel heuer der Beginn der Agitationstour mit der Weinlese zusammen. Diese aber und die Kartoffelernte nehmen die Frauen vollständig in Anspruch, so daß sie des Abends, abgeradert und müde, wenig ausgelegt sind, noch Versammlungen zu besuchen. Meine Tour erstreckte sich diesmal nur auf die größeren Städte und Ortschaften der Pfalz, in denen im Vorjahre der Grundstein neuer Frauenorganisation gelegt worden war. Die erste Versammlung fand in dem weinfrohen Neustadt a. S. statt, das sich stolz die Perle der Pfalz nennt. Die Frauen waren recht zahlreich unserem Rufe gefolgt. Ich erörterte hier wie auch in den anderen Orten die Frage: „Warum müssen sich die Frauen politisch betätigen?“ Von Neustadt ging es zurück nach Ludwigs-hafen und weiter, vorbei an herbstlich gefärbten Wäldern und rot leuchtenden Nebengeländen nach Dürkheim, Grünstadt, Mandel, Birmasens, Zweibrücken, St. Ingbert, Rammelsbach, Kaiserslautern, Hochspeyer, Speyer, Homburg, Landau und Frankenthal. In Rammelsbach müssen die Frauen schwer im Steinbruch arbeiten; sie zerklüften — schottern, wie man es nennt — die Steine, die für den Straßenbau usw. verwendet werden. Greisinnen, Frauen und Mädchen verrichten, mit Schutzbrillen bewaffnet, diese Arbeit im Afford; sie verdienen in vierzehn Tagen 14 bis 15 Mk. Für diesen geringen Lohn schwingen sie täglich sechs lange Stunden den langstieligen, etwa dreiviertel Pfund schweren Hammer mit wuchtigem Schläge, um das harte Gestein zu zertrümmern. Diese schwere Arbeit hat zur Folge, daß sehr viele Frauen an Lungen- und Gallensteinleiden erkranken und die Zahl der invaliden Arbeiterinnen ungeheuer anschwillt. Bei gegen 1700 Einwohnern zählt Rammelsbach 69 invalide Frauen, die durch ihre Arbeit im Steinbruch frühzeitig elend und arbeitsunfähig geworden sind. Wie singen doch Spießbürger mit dem Dichter? „Ehret die Frauen, sie flechten und weben himmlische Rosen ins irdische Leben.“ Die Zahl der neu aufgenommenen Parteimitglieder ist heuer nicht so hoch als im Vorjahre. Es sind 111 Frauen und 34 Männer; außerdem sind etwa ein Duzend Abonnenten auf die „Pfälzer Post“ neu gewonnen worden. Der Hauptzweck unserer Versammlungen war jedoch weniger die Ausdehnung der Organisation als vielmehr der, den weiblichen Mitgliedern Anregung, Aufmunterung zu bringen, sie immer mehr von der Notwendigkeit ihrer Beteiligung am Klassenkampf zu überzeugen. In Neustadt, Birmasens, Ludwigs-hafen und Frankenthal wurden die Versammlungen äußerst geschickt von Genossinnen geleitet, und in fast allen Orten sitzen Frauen im Vorstand der örtlichen Parteiorganisationen. Das bisher Erreichte berechtigt zu der frohen Hoffnung, daß die Frauen der Pfalz trotz der ungeheuer starken herrschenden Beeinflussung immer mehr erkennen, daß die Befreiung des weiblichen Geschlechts nur im und durch den Sozialismus erfolgen kann. Wenn Aufklärungsarbeit unter den Frauen in diesem Sinne wirkt, so hat die Sozialdemokratie reichen Gewinn davon.

W. Käbler.

Der Stand der Arbeiterinnenorganisation in Nürnberg. Der Bericht des Nürnberger Arbeitersekretariats, an dem Genossin Grünberg als Sekretärin tätig ist, kann für das Jahr 1911 wieder eine erfreuliche Zunahme der organisierten Arbeiterinnen verzeichnen. Bezugs 1910 die Zahl der organisierten Arbeiterinnen 11040, so ist sie im Berichtsjahr auf 13439 gestiegen, die sich auf 23 Verbände verteilen. Die Zunahme beträgt 2399 und beweist, daß der Organisationsgedanke unter den erwerbstätigen Proletarierinnen immer fester Fuß faßt. Das kann besonders von den Industriearbeiterinnen festgestellt werden. Sie weisen mehr Organisierte als Unorganisierte auf, denn sie sind bis zu 60 Prozent ihren Gewerkschaften angeschlossen. Die letzte Berufszählung ermittelte für Nürnberg, abzüglich der weiblichen Selbständigen und Angestellten, in Industrie und Gewerbe 21 168 Arbeiterinnen, 12 659 davon sind in 16 Verbänden organisiert. Dazu kommen noch 780 weibliche Mitglieder in 7 Verbänden, die das steinige Gebiet des Handels- und Gastwirtschaftsgewerbes zu bearbeiten haben beziehungsweise sich die Organisation der häuslichen Dienstmoten, der Hausangestellten anlegen lassen. Im Jahre 1905, als Genossin Grünberg ihre Tätigkeit als Sekretärin begann, waren erst rund 2000 Arbeiterinnen organisiert. Die Agitation zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen war

tiefgreifend. Werkstatt- und Fabrikversammlungen usw. fanden fast für alle Berufe statt, in denen Arbeiterinnen beschäftigt sind. Besondere Agitationen wurden von den Metallarbeitern, Textilarbeitern, Fabrikarbeitern und dem Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter-Verband ins Werk gesetzt. Neben rein agitatorischen Versammlungen fanden auch solche statt, die der Schulung der organisierten Arbeiterinnen dienten. Hier wurde behandelt die Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung, der Kampf um das Koalitionsrecht, die Arbeiterinnenbeschützengesetz, die verschiedenen Richtungen der Gewerkschaftsbewegung, die Organisation der Unternehmerverbände usw. Des Weiteren wurden Vorträge gehalten über die sozialpolitische Gesetzgebung und ihre Bedeutung für die Arbeiterinnen, das Arbeiterinnenbeschützengesetz, über die Gewerbeinspektion und ihre Aufgaben, ferner über die Kulturarbeit der freien Gewerkschaften und ihre Vorteile für die Arbeiterinnen. Die Versammlungen waren durchgehend gut besucht. Neben den Arbeiterinnen nahmen auch Arbeiter daran teil. Für den Frauentag wurde eine rege Werbetätigkeit entfaltet. Eine riesige Frauensammlung tagte am 18. März. Außerordentlich stark beteiligten sich die Arbeiterinnen an der Massenkundgebung. Zudem sie politisches Bürgerrecht für das weibliche Geschlecht forderten, demonstrierten sie zugleich für volles Koalitionsrecht und ausreichenden Arbeiterinnenschutz. Heute sind noch die vielen Tausende Dienstboten ausgeschlossen von diesem Arbeiterschutz und dem vollen Koalitionsrecht. Auch bei den Handlungsgeschäftinnen liegt in dieser Beziehung vieles noch im argen; sie bedürfen zudem des Wahlrechtes zu den Kaufmannsgerichten, wie die Arbeiterinnen das Wahlrecht zu den Gewerbegerichten noch zu erlangen haben. Durch einen Kursus wurden die Arbeiterinnen mit der Gewerbeordnung vertraut gemacht. Insbesondere wurde die Arbeiterinnenschutzgesetzgebung erläutert, ferner auch das Gewerbegerichtsrecht. Der Kursus umfaßte 9 Abende, die Teilnehmerinnenzahl betrug 15. Nach Berufen gegliedert gehörten 9 davon dem Metallarbeiterverband an, 4 dem Holzarbeiterverband; der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter-Verband und der Hausangestelltenverband waren mit je einem Mitglied vertreten. — An die Gewerkschaftsvorstände wurden Rundschreiben versandt, die zur planmäßigen Agitation unter den Arbeiterinnen anspornten, ebenso wie zur gründlichen Schulung der weiblichen Mitglieder. Unsere Arbeit hat stets dies doppelte Ziel vor Augen gehabt. Was die Agitation anbelangt, so hat die Erfahrung gezeigt, daß Werkstatt-, Betriebs-, Geschäfts- und Fabrikversammlungen besonders erfolgreich sind, die gleich nach Arbeitschluß stattfinden. Die in Nürnberg seither erzielten Erfolge sind die Gewähr dafür, daß bei rühriger und gewissenhafter Arbeit auch in Zukunft die Aufklärung und Organisation der Arbeiterinnen gute Fortschritte machen wird. Und an dieser Arbeit werden es alle tätigen Kräfte nicht fehlen lassen. ++

Politische Rundschau.

Der Krieg auf dem Balkan scheint sich seinem Ende zu nähern. Die Verbündeten werden in Kürze nichts mehr zu erobern, die Türken in Europa nichts mehr zu verteidigen haben. Die Bulgaren stehen schon nahe vor Konstantinopel. Auf den Erfolg ihres Widerstandes in der letzten Befestigungslinie vor der Hauptstadt, bei Tschataldscha, rechnen die Türken so wenig, daß sie an Bulgarien mit dem Ersuchen um Waffenstillstand und Friedensverhandlungen herankommen sind. Ihr früheres Gesuch an die Mächte um deren Vermittlung war umsonst gewesen. Denn keine von diesen mochte sich dem Vorwurf der Verbündeten — deren Veranschlagung jetzt sehr gestiegen und mit denen es keine der Mächte verderben will — aussetzen, daß sie ihren Siegeslauf aufzuhalten, die Größe ihres Erfolges zu schmälern versucht habe. Ob das Friedensbegehren der Türken von den Bulgaren erhört wird, ob es den Erfolg haben wird, den Einmarsch der Sieger in Konstantinopel zu verhindern und ein kleines Stück des europäischen Gebiets für die Türkei zu retten, steht noch sehr dahin. Indes, ob es nun früher oder später zum Waffenstillstand kommt, ob die Bulgaren Konstantinopel besetzen oder nicht, am Ausgang des Krieges wird dadurch wahrscheinlich nichts Wesentliches mehr geändert. Fest steht schon heute, daß die Türkei als europäische Macht aufgehört hat zu bestehen, einerlei, ob sie ein paar Quadratmeilen europäischen Gebiets mit Konstantinopel behält oder nicht. An ihre Stelle treten die vier Balkanstaaten, die sich vermutlich in einem Zoll- und Militärbund einen mehr oder minder festen Zusammenhalt geben werden.

Haben die verbündeten Balkanstaaten so mit dem Schwerte einen Teil der Balkanfrage gelöst, so hat diese Lösung zugleich zu einer Ver-

schärfung des österreichisch-serbischen Gegensatzes geführt und infolge der Haltung Österreich-Ungarns neue Gefahren für Europa heraufbeschworen. Serbien will ans Meer, um allezeit einen freien Zutritt zum Weltmarkt, ein offenes Tor für seine Ausfuhr zu haben. Es will umbedingt aus seiner jetzigen Lage heraus, in der ihm Österreich-Ungarn durch hohe Zölle und Grenzsperrn handelspolitisch die Kehle zuschnürte. Deshalb schießt es sich an, einen Teil Albanians mit den Häfen Durazzo und San Giovanni di Medua zu besetzen. Österreich-Ungarn aber erklärt in stetig schärfer werdender Sprache, daß es die Festsetzung Serbiens am Adriatischen Meere als eine Bedrohung seiner Existenz ansehe, weil ihm von der albanischen Küste aus der Ausgang aus dem Adriatischen Meere gesperrt werden könnte. Es werde daher die Vergrößerung Serbiens bis zum Adriatischen Meere niemals dulden. Heuchlerischerweise gibt es sich dabei als der Beschützer der albanischen Stämme aus, denen das Recht auf die nationale Unabhängigkeit gewahrt werden müsse. Österreich-Ungarn, das nur durch die Vergewaltigung der Nationalitäten besteht, sieht diese Pose besonders schön an. Zweifellos haben die Albanier das selbe Recht auf nationale Unabhängigkeit wie alle anderen Völker. Aber ganz reinlich läßt sich bei den höchst entwickelten Verhältnissen auf der Halbinsel, wo die Völkerschaften streckenweise bunt durcheinander gewirfelt sind, die Nationalitätenfrage überhaupt nicht lösen. Und ob das Nationalgefühl der Albanier, die durch Trennung in drei Religionsbekenntnisse und durch häufige innere Stammesfehde so zerrissen sind, daß in diesem Kriege Albanier sowohl auf türkischer wie auf der Seite der Verbündeten kämpften, wirklich sehr stark ist, steht noch dahin. Auf jeden Fall würde dieses Nationalitätsgefühl dadurch, daß Serbien einen Hafenplatz der adriatischen Küste erhält, nicht allzusehr beeinträchtigt. Wenn Österreich-Ungarn und Serbien erst einmal ernstlich aneinander geraten sind, so würde ein Eingreifen Russlands, das bis jetzt durch die Haltung Frankreichs und Englands zur Zurückhaltung gezwungen ist, wahrscheinlich auch nicht lange auf sich warten lassen. Der Zusammenstoß Österreichs und Russlands würde auf der einen Seite Deutschland und Italien, auf der anderen Frankreich und England ins Feld rufen. Es würde ein allgemeiner Kampf werden, der um mehr als um die Vorherrschaft auf dem Balkan, um mehr auch als um die Teilung der asiatischen Türkei, der um die Welt Herrschaft ginge. In diesem Kampfe würde vor allem der Widerstreit zwischen den Interessen der deutschen und der englischen Bourgeoisie ausgetragen, der jetzt die Politik beherrscht. Ein Krieg, der Europa in einen Schutthaufen und Leichenhügel verwandeln könnte, gegen dessen Wutopfer die fürchtbaren Menschenverluste des Balkankriegs winzig erscheinen würden. Am Rande dieses grauen Verderbens wandeln jetzt die Staatsmänner Europas. Österreich-Ungarn sucht Serbien durch Drohungen und militärische Maßnahmen einzuschüchtern, und Deutschland und Italien haben bereits zu erkennen gegeben, daß sie hinter Österreich stehen. Unbehindert aber um die Drohungen des Dreibundes dringen die serbischen Truppen in Nordalbanien vor, dem Meere zu.

In dieser höchst bedrohlichen Lage hat das Proletariat mit erneuter Wucht Einspruch gegen Krieg und Kriegshege erhoben. Am die Einigkeit der Proletarier aller Zungen und Länder in dem festen Willen, den Frieden zu wahren, der Welt recht sinnenfälliger vor Augen zu führen, haben am 17. November in den Hauptstädten der europäischen Staaten große, eindrucksvolle Friedenskundgebungen stattgefunden, bei denen allen jeweils Redner fremder Nationen auftraten. Der Berliner Polizeipräsident, Herr v. Jagow, konnte die Gelegenheit natürlich nicht vorübergehen lassen, ohne das offizielle Deutschland vor der Öffentlichkeit des Auslandes zu blamieren. Er verbot den Vertretern des englischen und des französischen Proletariats, in der Sprache ihrer Heimat zu sprechen. Am 24. November aber tritt zu Basel ein außerordentlicher Internationaler Sozialistenkongress zusammen, der darüber zu beraten hat, wie der Widerstand der Proletarier Europas gegen die Kriegspolitik am wirksamsten zu gestalten ist.

Die Fleischartenerung hält fast unvermindert an. Die berühmten Regierungsmassnahmen erweisen sich, wie vorauszusehen war, als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Das zeigt die Preisstatistik. Die Preise sind zwar in der zweiten Hälfte des Monats Oktober gegen den Stand in der ersten Hälfte des Monats ein klein wenig zurückgegangen, stehen aber noch immer wesentlich höher als im Vorjahr. Und der geringe Rückgang beschränkt sich fast ausschließlich auf solche Orte, die ausländisches Fleisch einführen. Die Einfuhr ist so gering im Verhältnis zum Gesamtverbrauch, daß sie den Fleischpreis über den nächsten Umkreis des Verkaufsortes hinaus nicht zu erniedrigen vermochte. Außerdem beweist ja die Erfahrung, daß die Menge der Einfuhr nicht einmal genügt, um den Bedarf am Orte selbst zu befriedigen. Das alles aber rührt die Regierungen

nicht. Die preussische verteuert sogar verschiedenen Städten, so Memel, die Erlaubnis zum Bezug ausländischen Fleisches. Die einheimischen Viehzüchter müssen geschützt werden — die notleidende Bevölkerung kommt erst in zweiter Linie. Im Landeskulturrat des Königreichs Sachsen, einer ausgesprochen agrarischen Körperschaft, wurde erklärt, daß die Konsumenten selbst an der Fleischnot schuld seien, weil sie zu viel und zu gutes Fleisch verlangten. Dieser freche Hohn ist gerade in Sachsen sehr angebracht, wo in gewissen Strichen der Konsum von Hundefleisch beständig steigt.

Der Papst hat die lang erwartete Enzyklika über die Gewerkschaftsfrage erlassen. Sie bedeutet einen Sieg der Berliner über die Kölner Richtung des Zentrums. Der Papst verbietet zwar den Katholiken nicht den Eintritt in die christlichen Gewerkschaften, aber er gibt seine Abneigung gegen sie sehr deutlich zu erkennen. Während er die Pflege und Ausbreitung der katholischen Fachabteilungen lebhaft empfiehlt, läßt der Heilige Vater die christlichen Gewerkschaften nur als notwendiges Übel zu und auch nur für bestimmte Gebiete. In katholischen Gegenden sollen sie überhaupt ausgeschlossen sein, in gemischten aber auch nur soweit geduldet, als die materiellen Bedürfnisse der Arbeiter nicht ohne sie genügend gewahrt werden können. Den christlichen Gewerkschaften wird verboten, für ihre Organisationen etwa auf Kosten der rein katholischen Vereine Ausbreitung zu suchen, kurz es wird ihnen ein Rekrutierungsgebiet nach dem anderen gesperrt. Und außerdem werden die christlichen Gewerkschaften unter die scharfe Aufsicht der Bischöfe gestellt. Diese sollen streng darüber wachen, daß die Vereine nichts tun, was der katholischen Lehre widerspricht. Damit ist den christlichen Gewerkschaften jede tatkräftige Vertretung der Arbeiterinteressen einfach unmöglich gemacht. Sie müssen sich noch schneller als bisher in Streikbrechervereine wandeln. Und das wird sie auf die Dauer alle ehrliehen Arbeiter kosten.

Bei der Ersatzwahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreis, wurde, wie zu erwarten war, der Fortschrittler mit gesteigerter Mehrheit wiedergewählt. Herr Kämpf hatte, wie er selbst eingestand, sein Mandat früh genug niedergelegt, damit noch nach den Wählerlisten vom Januar gewählt werden mußte. Das brachte die Fortschrittler gegen die Sozialdemokratie in Vorteil, weil die Arbeiter und Angestellten, die den Hauptteil der sozialdemokratischen Wähler stellen, viel weniger sehnhaft sein können als die Besitzenden, die dem Fortschritt anhängen.

Der spanische Ministerpräsident Canalejas fiel von den Augen eines angeblichen Anarchisten, der sich nach der Tat selbst entleibte. Canalejas war ein Liberaler, aber sein faden-scheiniger Liberalismus, der schließlich nur noch in wenig durchgreifenden Maßregeln gegen die Kirche bestand, hinderte ihn nicht, der kämpfenden Arbeiterschaft mit brutaler Gewalt entgegenzutreten.

In den Vereinigten Staaten hat die Präsidentenwahl den Sieg des Demokraten Wilson ergeben. Er siegte, weil die republikanische Partei geschwächt war durch die Spaltung, die Roosevelt herbeigeführt hatte, als er seine Aufstellung zum Kandidaten der Partei nicht durchzusetzen vermochte. Die von ihm gegründete Fortschrittspartei hat auch das Wachstum der sozialdemokratischen Partei verlangsamt, da Roosevelt als stumpfsinniger Demagoge fast alle Gegenwartsforderungen der Sozialisten in sein Programm aufgenommen hatte. So haben offenbar viele radikal gesonnene, aber noch nicht zum klaren Klassenbewußtsein durchgedrungene Arbeiter Roosevelt gewählt, die andernfalls der Sozialdemokratie zugezogen wären. Die Sozialdemokratie nahm daher nur um rund 100000 Wähler gegen die Vorwahl zu. Weniger bedeutsam ist der Verlust ihres Mandats zum Kongress. Die seinerzeitige Wahl des Genossen Berger in Milwaukee kam nur durch die Uneinigkeit der Gegner zustande. Diesmal gingen sie zusammen. Von dem Siege der Demokraten hat das Proletariat nichts zu erwarten. Der neue Präsident hat sich früher offen als Feind der Gewerkschaften bekannt, während der Wahlbewegung hat er freilich den warmen Arbeiterfreund gemimt. Versprechungen und Programme bürgerlicher Parteien und Kandidaten sind in Amerika mit noch mehr Vorsicht aufzunehmen als in Europa, der schamlose Wählerbetrug wird dort mit zynischer Frechheit geübt. Ebenso wie die Republikaner werden auch die Demokraten trotz aller tönenden Versprechungen den großen Truists nicht ernsthaft zu Leibe gehen. Denn nicht nur sind sie eine kapitalistische Partei, die sehr wesentliche Säulen des kapitalistischen Wirtschaftslebens der Vereinigten Staaten — und das sind die Truists — nicht umstürzen kann. Sie unterhalten auch unmittelbare Beziehungen zu diesen Kapitalistenvereinigungen, die ebenso gut wie in den republikanischen auch in den demokratischen Wahlfonds Millionen gezahlt haben. Deshalb wird auch das System der Wachzölle, an dem die Truists sehr interessiert sind, nicht beseitigt werden; die Demokraten werden sich auf kleine Verbesserungen beziehungs-

weise Ermäßigungen zu beschränken wissen. Der Übergang der Herrschaft von den Republikanern auf die Demokraten bedeutet keinen Systemwechsel, keinen politischen Umsturz, sondern höchstens — einen größeren Wechsel in der Schar der Beamten. Die Wahlmänner der Demokraten kommen als Beamte an die Staatskrippe. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

In dem Streit im christlichen Gewerkschaftslager, zwischen den streng katholischen Fachabteilern und den interkonfessionellen Gewerkschaften ist jetzt ein Entscheid des Papstes erfolgt. Als der Heilige Vater letzte Pfingsten von beiden Richtungen antelegraphiert und so mittelbar als Richter angerufen wurde, sprach er sich bekanntlich gegen die christlichen Gewerkschaften aus. Er lobte die Berliner Fachvereine, die den Streit verwerfen, sich willig unter die Vormäßigkeit der katholischen Kirche stellen und von gemischten Organisationen nichts wissen wollen, die evangelische und katholische Arbeiter umfassen. Die an Zahl weit stärkeren und auch einflussreicheren interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften tadelte er. Darob großes Geschrei unter den christlichen Gewerkschaften, die da vorgeben, der Papst sei nur durch falsche Informationen der Berliner irreführend worden und so zu einem unrichtigen Urteil gekommen. Beide Richtungen suchten nun durch gegenseitige wüste Beschimpfungen zu erweisen, wer die größere Verechtigung zur Organisierung der religiös gesinnten Arbeiter besitze. Als der Kampf immer heftigere Formen annahm, unter denen auch das Ansehen des Papstes ziemlich litt, gebieten die römischen Kardinalreue: der Heilige Stuhl werde die Frage erneut prüfen und nochmals entscheiden. Diese Entscheidung ist nun gefallen und hat das erste Urteil bestätigt. Die Gegengründe der „Christlichen“ hat der Papst verächtlich beiseite geschoben, er ist um sein Täufelchen von dem Standpunkt seines Pfingsttelegramms abgewichen: die katholischen Fachvereine empfiehlt er lobend und rückhaltlos, die christlichen Gewerkschaften duldet er nur. In streitigen Fragen haben die katholischen Arbeiter sich an ihre Bischöfe zu wenden, die endgültig entscheiden. So kommen die christlichen Gewerkschaften unter das römische Joch. Dieser Entscheidung ist vom Standpunkt des orthodoxen Katholizismus ganz konsequent. In dessen Sinn unterstellt der Heilige Stuhl die wirtschaftlichen Bestrebungen der katholischen Arbeiter der kirchlichen Autorität. Von besonderer Bedeutung ist Roms Befehl, daß die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften den katholischen Arbeitervereinen angehören müssen. Grundsätzlich stellt sich also der Papst auf den Boden der konfessionellen, das heißt der rein katholischen Gewerkschaften. Die christliche Gewerkschaft will er nur dulden, weil einige Bischöfe dies aus Rücksicht auf die besonderen deutschen Verhältnisse wünschen, aber diese Duldung gilt lediglich auf Widerruf, das heißt so lange sie der Kurie als zweckmäßig erscheint. Wie werden sich die christlichen Gewerkschaftsstrategen aus dieser üblen Lage herauszwickeln? Werden sie ihre frühere Kampfanfrage nicht vergessen: „Bis hierher und nicht weiter, ihr Herren Bischöfe.“ Ob die christlichen Führer nun weiterkämpfen oder sich unter geschickter Auslegung des vieldeutigen Textes der Enzyklika zufrieden geben, ist von keiner großen Wichtigkeit. Denn ihre Haltung in den Arbeitskämpfen der letzten Zeit stand in keinem Widerspruch zu den demutsvollen Grundtönen der Fachabteiler. Der weltlichen Obrigkeit wie den wirtschaftlichen Mächten gegenüber haben sie die Sache der Arbeiter verraten. Der jetzige Kampf geht nicht um Grundsätze, sondern in letzter Linie nur um die persönliche Stellung der Herren Führer, die ihre Macht nicht den Geistlichen abtreten wollen.

Das Verhalten der Behörden in den wirtschaftlichen Kämpfen der letzten Monate erinnert immer stärker an die Zeiten des Ausnahme-gesetzes, so namentlich auch das Vorgehen der Magdeburger Polizei gegen eine Streikversammlung. Die ausständigen Metallarbeiter einer Firma nahmen in einer Versammlung den Situationsbericht vom Streik entgegen. Kurz vor Eröffnung trat plötzlich ein Polizeikommissär mit 80 Schutzleuten auf den Plan, um sämtliche Versammlungsteilnehmer zu sistieren. Der Kommissär hielt von einem Stuhl herab eine Ansprache, in der er erklärte, daß in letzter Zeit wiederholt Verlesigungen der Arbeitswilligen vorgekommen seien. Es bestehe der dringende Verdacht, daß die Schuldigen sich in der Versammlung befänden. Er ersuche jeden einzelnen, den Polizeibeamten zu folgen, die Unbeteiligten würden sofort wieder freigelassen werden. Sämtliche Ausgänge des Versammlungsorts waren von Schutzleuten besetzt. So wurden dann die 400 Versammlungsbesucher in Trupps von 40 Mann unter polizeilicher Bedeckung zur Wache geführt, wo man zwei von ihnen in Haft nahm. Der Eifer der Polizei kennt keine Grenzen, wenn es sich um den Schutz Arbeitswilliger handelt.

Im Leipziger Buchhandel ist es zu einer Aussperrung der Markthelfer gekommen. Die Buchhandlungs- und Markthelfer standen in einer Lohnbewegung, die zu keinem Abschluß kommen konnte, weil die Unternehmer gar zu geringe Zugeständnisse machten. Die Markthelfer wollten das Gewerbegericht zur Entscheidung anrufen, die Buchhändler aber verfügten kurzerhand die Aussperrung. 500 bis 600 Mann sind davon betroffen, darunter Leute, die schon 25 Jahre und länger in ihrer Stellung sich befanden.

Im Buchdruckgewerbe hatten schon lange einige außenstehende Scharfmacher wider die gefährliche Tarifgemeinschaft gehegt. Nun ist gegen sie eine kleine Unternehmerorganisation vorgegangen, die unter der Leitung eines Pastors steht und im Buchdruckgewerbe völlig einflußlos ist. Diese Vereinigung hat an den Reichsfinanzler und die Ministerien der Bundesstaaten eine Eingabe gerichtet, in der der Tarifgemeinschaft gesetzwidrige Beschränkung der Koalitionsfreiheit, Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen und anderes mehr vorgeworfen wird. Das Tarifamt, zusammengesetzt aus Unternehmern und Arbeitern, hat sofort mit einer Gegeneingabe geantwortet, die die scharfmacherischen Hirngespinnste an der Hand von Tatsachen widerlegt. Das Scharfmacherverbändchen zählt 180 Mitglieder; von 9500 Buchdruckereibesitzern gehören 8051 der Tarifgemeinschaft an.

Eine Konferenz in der Konfektionsindustrie beschäftigte sich mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und dem weiteren Ausbau des Tarifwesens. Es werden heute schon 11691 Arbeiter und 7722 Arbeiterinnen zu tariflichen Bedingungen in der Herrenkonfektion beschäftigt. Das ist zwar ein guter Fortschritt, befriedigt aber keineswegs angesichts der großen Zahl der in diesem Gewerbebereich Beschäftigten. In der Damenschneiderei und Damenkonfektion sind die Arbeiter gut organisiert und auch meistens zu tariflichen Löhnen beschäftigt, während die Organisation und in der Folge auch die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen sehr zu wünschen übrig lassen. Die Konferenz beschloß, der weiteren Ausdehnung der Heim- und Attdarbeit entgegenzuwirken und die Einführung einheitlicher Lohnbücher zu verlangen. Seit dem großen Streik im Jahre 1896 sind die Arbeitsverhältnisse nicht besser geworden, eher schlechter. Die Heimarbeit ist immer noch stark vertreten. Und die Berliner Bewegung im vorigen Jahre führte zu keinem Ergebnis, das die Arbeiter und Arbeiterinnen befriedigen konnte. Schuld daran trug die Uneinigkeit der Zwischenmeister und die nicht genügend erstarkte Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen. Was die Berliner Fabrikanten den Beschäftigten in der Damenkonfektion angeboten haben, erklärte die Konferenz, sei so unzureichend, daß es abgelehnt werden müsse. Die Konferenz fordert daher alle Arbeiter und Arbeiterinnen und auch die Ortsverwaltungen zu energischer Agitation auf, um die Organisation zu stärken und dann zum Teil betriebsweise die Forderungen durchzusetzen. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. In der Treibriemenfabrik von Scholz-Hamburg war es der Organisation gelungen, festen Fuß zu fassen. Die bei dieser Fabrik beschäftigten 100 Arbeiter und 208 Arbeiterinnen schlossen sich dem Textilarbeiterverband an und kamen überein, Forderungen auf Herabsetzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne einzureichen. Die Arbeitszeit betrug bisher für Männer 60 Stunden und für Frauen 58 Stunden wöchentlich. Sobald die Firma von dem Anschluß der Arbeiter an den Verband Kenntnis erhalten hatte, versuchte sie der Organisation den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Arbeitszeit wurde auf 55 Stunden wöchentlich herabgesetzt, ebenso wurde eine bisher gezahlte Teuerungszulage auf den Grundlohn aufgerechnet, und zwar sollten diese Bestimmungen am 1. November in Kraft treten. Die Arbeiter gaben sich damit vorläufig zufrieden und sahen von der Einreichung ihrer Forderungen ab. Während so die Firma den Arbeitern entgegenzukommen schien, rüstete sie zugleich mit allen Mitteln zu einem Kampf gegen die gefährliche Organisation. Gegen 60 Matrazen wurden in den Betrieb geschafft, damit Mauseisiger dort nächtigen konnten. Durch Anschlag gab die Firma bekannt, daß dies mit Genehmigung der Polizei geschehen dürfe; für 40 Pfennige im Tag sollte den Arbeitswilligen kräftiges Essen verabreicht werden. Die Firma traf diese Maßnahmen zu einer Zeit, wo die Arbeiter gar keine Forderungen an sie gestellt, sondern erklärt hatten, daß sie mit den gemachten Zugeständnissen zufrieden seien. Es sollte eben planmäßig ein Konflikt mit der Organisation vom Baune gebrochen werden. Seit Mitte Oktober patrouillierten ständig 4 Schutzleute vor dem Betriebe. Woche für Woche wurden Vertrauensleute entlassen. Verhandlungen waren ergebnislos. Am 31. Oktober unternahm die Firma einen größeren Schlag und entließ sämtliche 38 Vertrauensleute, Männer und Frauen. Das schlug dem Haß den Boden aus. Die Arbeiterschaft nahm den von der Firma provozierten Kampf auf, und von 308 Beschäftigten legten 248 die Arbeit nieder. Bemerkenswert ist,

daß die heilige Hermandad schon in Friedenszeiten — 14 Tage ehe die Firma den Kampf heraufbeschwor — ihr eine Ehrentwache stellte. Als die Verbandsleitung sich nach der Ursache der polizeilichen Maßnahme erkundigte, erfuhr sie so nebenbei, daß diese getroffen sei, weil nach einer eingegangenen Anzeige die Arbeiter im Betriebe „aufgewiegelt“ wären. Die Republik Hamburg muß viel überflüssige Beamte haben, um auf eine haltlose Anzeige hin einem Privatunternehmer wochenlang 4 Beamte zur Verfügung stellen zu können. Oder kommt man dem Inhaber so entgegen, weil er Reserveoffizier ist? Wie so mancher andere Unternehmer wird sich auch Herr Scholz damit abfinden müssen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen von heute keine willenlose „Hunde“ mehr sind, die ihren Lebenszweck darin erblicken, für fremden Reichtum zu schanzeln. Die bei ihm Beschäftigten verlangen vor allem Respektierung ihres Koalitionsrechts! sk.

Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Die Oktoberzählung ergab 716 Arbeitslose, darunter 223 Arbeiterinnen. Im Vormonat waren 654, im Oktober des Vorjahres 737 Beschäftigungslose verzeichnet worden. Am gleichen Tage wurden als auf der Reise befindlich gemeldet 119 arbeitslose Mitglieder, darunter 9 weibliche; im Vormonat waren es 162, im Oktober des Vorjahres 128. Die Oktoberzählung erfaßte 140799 gleich 99,2 Prozent der Mitglieder. 20 Filialen mit 1179 Mitgliedern haben sich nicht an der Zählung beteiligt. Die Zahl der Verbandsmitglieder betrug 88050 männliche und 53928 weibliche, zusammen 141978; im Vormonat waren es 139742. sk.

Aus der Holzarbeiterbewegung. In der Holzindustrie ist am 15. November die Entscheidung über den Umfang der nächstjährigen Tarifbewegung gefallen. Von seiten der Arbeiterorganisationen sind die Verträge in einigen Orten nicht gekündigt worden, so daß in diesen die geltenden Verträge stillschweigend ein Jahr weiter laufen konnten. Jedoch die Arbeitgeberorganisationen überreichten ihrerseits die Kündigung in allen Orten. Da es nur Sinn hat, den Ablauf eines Tarifvertrags herbeizuführen, wenn die Folge davon eine Verbesserung sein soll, werden sich die Arbeiter natürlich gern mit dieser jetzigen Situation abfinden.

Die paritätischen Arbeitsnachweise in der Holzindustrie, neun an der Zahl, haben jetzt einen weiteren Schritt unternommen, um Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besser als bisher miteinander in Einklang zu bringen. Seit dem 1. November werden allwöchentlich die Vermittlungs- und Arbeitslosenzahlen der Arbeitsnachweise in Berlin, Bremen, Breslau, Eilenburg, Forst, Hamburg, Hannover, Herford und Lübeck nach Branchen geordnet gleichlautend in den Verbandsorganen der Arbeiter wie der Arbeitgeber veröffentlicht. Da an diesen Orten die Arbeiter der Tarifvertragsbranchen fast ausschließlich nur durch die genannten Nachweise vermittelt werden, vermögen diese Berichte jeweils eine gute Übersicht über den Stand der Arbeitslosigkeit zu geben. Die große Bedeutung der paritätischen Nachweise in der Holzindustrie beweist folgende Tatsache: Während die Zahl der im Deutschen Holzarbeiterverband am letzten Oktober gemeldeten Arbeitslosen insgesamt 5709 betrug, berichteten diese Nachweise allein über 2635 Arbeitslose, also die Hälfte davon. Mit der Ausbreitung der paritätischen Form des Arbeitsnachweises wird diese wöchentliche Berichterstattung noch umfassender werden und dann Wertvolles zur Regulierung des Arbeitsmarktes leisten können. Vor allen Dingen wird sie die heutige Überflutung der Großstädte immerhalb gewisser Grenzen einschränken können. sk.

Notizenteil.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die österreichischen Genossinnen und der nächste Frauentag. Anlässlich des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Osterreich, der vom 31. Oktober bis 4. November in Wien stattfand, veranlaßte das Frauenreichs-Komitee eine Besprechung mit den Genossinnen, die aus den Provinzen anwesend waren, einzuberufen. Einmütig wurde der Wunsch geäußert, den Frauentag nie mehr später als im März zu veranstalten, und man einigte sich für 1913 auf den 9. oder 16. März. Die endgültige Festlegung kann erst erfolgen, nachdem mit der Wiener Organisationsleitung Rücksprache genommen worden ist, wann im nächsten März die Demonstration am Grabe der Opfer vom Jahre 1848 stattfindet, damit nicht beide Veranstaltungen auf einen Tag fallen. Allseitig wurde der Wunsch geäußert, um des demonstrierenden und internationalen Charakters willen den Frauentag wieder gleichzeitig mit den deutschen Genossinnen abzuhalten, und es soll darüber rechtzeitig verhandelt werden. Auch die Herausgabe der Frauenwahlrechtszeitung wurde wieder beschlossen.

Die österreichischen Genossinnen gegen den Krieg. In mehr als dreißig Frauenversammlungen haben die Genossinnen Österreichs in den letzten Wochen gegen jede Kriegsbegeisterung protestiert. Da den Frauen nicht das Recht zusteht, in den Parlamenten gegen die Kriegserklärungen Stellung zu nehmen, tun sie dies in Versammlungen. Ebenso in vielen der großen Volksversammlungen gegen den Krieg, in denen die sozialdemokratischen Abgeordneten zu ihren Wählern sprechen, ergreift fast stets auch eine Genossin das Wort, um gegen den Massenmord zu protestieren. Besonders eindrucksvoll waren die großen Friedensdemonstrationen, die Sonntag den 10. November, einem Beschlusse des Parteitagcs entsprechend, in ganz Österreich stattfanden. In allen Zügen der demonstrierenden Proletarier, die in Wien aus den Vororten auf die Ringstraße kamen, waren Frauen vertreten. Ebenso bei den Kundgebungen in den Provinzorten.

a. p.
I. K. Die Beteiligung der Genossinnen am Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Österreich. Dem Parteitag, der diesmal in Wien stattfand, wohnten 29 Genossinnen als Delegierte bei, außerdem Genossin Popp als Mitglied der Parteivertretung und Genossin Freundlich für die Arbeiterinnenzeitung. In der Zahl der weiblichen Delegierten kommt die Entwicklung der Arbeiterinnenbewegung in Österreich zum Ausdruck. 20080 Genossinnen gehörten am 30. Juni 1912 der sozialdemokratischen Partei in Österreich an, und Genosse Staret, der Parteisekretär, hat in seinem Referat besonders rühmend den agitatorischen Fleiß und die Erfolge der Genossinnen hervorgehoben. Beim Bericht über die Presse wurde dasselbe konstatiert. Von jeder Nummer der „Arbeiterinnenzeitung“ wurden 27200 Exemplare verkauft. An den Verhandlungen des Parteitags beteiligten sich die Genossinnen Popp, Probst, Schleisinger und Freundlich. Genossin Popp sprach über die Schikanen, die der § 23 des Preßgesetzes auch den Genossinnen befehrt. Dieser Paragraph verbietet das Verbreiten von Druckschriften in hierzu nicht bestimmten Lokalen. Dadurch wird das Verlaufen der Zeitungen auf den Straßen verhindert, aber auch das Austeilen in der Nähe von Fabriken und sogar die Verbreitung von Handzetteln. Gerade während des Parteitags wurden zwei Metallarbeiter verhaftet, als sie Arbeiterinnen, die aus der Fabrik kamen, die „Arbeiterinnenzeitung“ übergaben, die einen sie betreffenden Artikel enthielt. Genossin Popp forderte, daß die Fraktion im Parlament neuerdings die Abschaffung dieses § 23 dringlich fordern solle.

Zum Organisationsstatut, das einer Änderung unterzogen wurde, lag ein Antrag einer Bezirksorganisation vor, der die Delegation von Frauen zum Parteitag betraf. Bekanntlich haben in der österreichischen Partei Bezirke und Wahlkreise das Recht, wenn sich in ihrem Arbeitsgebiete eine Frauenorganisation befindet, außer den Vertretern der Parteiorganisation noch eine Genossin zum Parteitag zu delegieren. Der vom Bezirk Karlsbad gestellte Antrag wollte dieses Recht erweitern. Er forderte, den politischen Frauenorganisationen dasselbe selbständige Delegationsrecht einzuräumen, wie es die Bezirksorganisationen besitzen. Dagegen sprach Genossin Probst im Namen des Frauenreichskomitees. Sie führte aus, daß die Genossinnen diese Selbständigkeit nicht wollen, sondern im Einvernehmen mit den Genossen zu delegieren wünschen. Der Umstand, daß die Frauen nach dem Vereinsgesetz eine eigene politische Organisation haben müssen, wolle von den Genossinnen nicht zu überflüssigen Sonderrechten ausgenutzt werden. Zur besonderen Agitation unter den jungen Mädchen forderte die Genossin Schleisinger auf. Genossin Freundlich beantragte, in die Resolution zum Punkt „Arbeiterschutz und Parlament“ die Forderung nach dem freien Sonnabendnachmittag einzufügen, was beschlossen wurde. Alles in allem hat der Parteitag, hauptsächlich innere Angelegenheiten der Partei erledigt. Eine Ausnahme davon bildeten die Verhandlungen über den Krieg und die Friedensaktion der Sozialistischen Internationale. Sie waren der Höhepunkt des Parteitags.

a. p.
I. K. Die Jahresversammlung des Internationalen Sozialistischen Frauenrats für Großbritannien hat am 7. Oktober in London stattgefunden. Leider nahm nur eine kleine Zahl Delegierter an ihr teil. Genossin Macpherson, die internationale Korrespondentin der Körperschaft, gab Einblick in ihren Briefwechsel mit den Genossinnen Popp und Zetkin sowie mit dem Genossen Huysmans, dem Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureau zu Brüssel. Diese Korrespondenz drehte sich in der Hauptsache um die nächste internationale Konferenz der sozialistischen Frauen und Vorschläge zur Tagesordnung dazu, ferner um Auskünfte über die Organisation und Tätigkeit der ausländischen Genossinnen, soziale Einrichtungen für geistig minderwertige Kinder usw. Die Jahresversammlung übertrug durch Wahl die Leitung des Frauenrats wieder den Genossinnen, in

deren Händen sie bisher ruhte. Mit zwei Ausnahmen jedoch, Genossin Sorhman von der Women's Labour League (Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frauen) wurde für Genossin Murby zur Sekretärin gewählt, die ihr Amt niedergelegt hat, weil sie auf Grund des neuen Versicherungsgesetzes zur Gesundheitsinspektorin ernannt worden ist. Genossin Wilson von den „Fabriern“ trat an die Stelle von Genossin Hendin als Vizevorsitzende, da deren Mitgliedschaft erloschen ist. Auf einen Antrag von Genossin Macpherson beschloß die Versammlung, die neugegründete Britische Sozialistische Partei aufzufordern, sich in dem Internationalen Frauenrat durch Delegierte vertreten zu lassen und ihr vorzuschlagen, Genossin Hendin als solche wählbar zu erklären. Sie trat ferner der Anregung bei, daß die Mitglieder der Leitung von den angegliederten Organisationen in Vorschlag gebracht werden müßten und nicht von einzelnen Delegierten zur Jahresversammlung. Die Kassiererin, Genossin Bentham, wies einen befriedigenden Kassenstand nach. Die Jahresversammlung trat dem Vorschlag der holländischen Genossinnen bei, die nächste Internationale Sozialistische Frauenkonferenz möge wie der allgemeine Internationale Kongress erst 1914 und nicht schon 1913 stattfinden. Die nächste Quartalsführung des Frauenrats soll am 20. Januar 1913 abgehalten werden und die Organisation der sozialistischen Frauen auf dem Kontinent erörtern. Mary Macpherson, London.

I. K. Eine sozialistische Kinderbewahranstalt in Lawrence (Massachusetts) soll gegründet werden. Lawrence ist eine Fabrikstadt von 85000 Einwohnern, ein Mittelpunkt der nordamerikanischen Baumwollweberei. Wie unsere Leserinnen wissen, war es während des verflossenen Jahres der Schauplatz großer Arbeiterunruhen und eines siegreich beendeten Streiks. Die Textilarbeiter von Lawrence haben mit schweren Lebensbedingungen zu kämpfen. Trotz der geringen Lohnerhöhung, die der große Streik ihnen brachte, sind die Löhne noch so niedrig, daß selbst ein geschickter Weber nicht genug verdient, um eine Familie ernähren zu können. Mann, Frau und heranwachsende Kinder müssen gemeinsam erwerben, damit eine einigermaßen menschenwürdige Lebenshaltung möglich ist. So blüht denn in Lawrence die Lohnarbeit der verheirateten Frauen, und mit ihr geht die unvermeidliche Begleiterscheinung: hohe Säuglingssterblichkeit. Diesem furchtbaren Übel will die bürgerliche Gesellschaft in Lawrence, wie in allen übrigen amerikanischen Städten, lediglich durch das Mittel privater Wohltätigkeit steuern. Die wenigen Kinderbewahranstalten, in denen erwerbstätige Proletarierinnen tagsüber ihre Kleinen lassen können, sind in den Händen von Kirchengemeinden. Als Zugabe zu dem bißchen Hilfe wird dort den armen Müttern Frömmigkeit, Ergebung und Demut gepredigt. Nun wollen unsere Genossinnen und Genossen in Lawrence eine sozialistische Kinderbewahranstalt gründen. Ohne salbungsvolle Reden, ohne die Gebärde herablassender Wohltätigkeit, werden dort aufgestellte Frauen der Arbeiterklasse ihren Schwestern helfen, indem sie tagsüber deren kleine Kinder hegen und pflegen. Zwei Genossinnen, die als geschulte Krankenpflegerinnen mit der Behandlung von Säuglingen vertraut sind, Frau Arnold und Frau Stoppenbach aus New York übernehmen die Leitung der neuen Anstalt. Wenn sich der Versuch als erfolgreich erweist, so wird er wahrscheinlich in anderen amerikanischen Industriestädten Nachahmung finden. Jedenfalls bringen ihm die sozialistischen Frauen in New York und anderwärts großes Interesse entgegen, und ich werde demnächst näheres darüber an die „Gleichheit“ berichten können. Meta L. Stern, New York.

Frauenstimmrecht.

Die Rechtschwenkung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht tritt augenscheinlich zu Tage. Die sich abspielenden Vorgänge schieben einzelne Personen in den Vordergrund, aber es sind Prinzipien, um die der Kampf geht. Das Prinzip eines wirklich demokratischen Wahlrechts für alle Grobjährigen ohne Unterschied des Geschlechts ist das Kampfbild. Der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht will diese grundsätzliche Forderung seines Programms wieder fallen lassen, die sein Fundament war, obgleich er sich erst Jahre nach seiner Gründung dazu bequeme, sich in aller Form zu ihr zu bekennen. Nun erweist sich das Prinzip als ein Hindernis für die „Sammlung“ der bürgerlichen Frauen. In ihrer großen Mehrheit begehren diese nicht gleiches Recht für jedermann, sondern nur gleiches Vorrecht für Damen und Herren der besitzenden Klassen. Auf der Weiratskonferenz des Vorstandes in Weimar, von der schon berichtet worden ist, gelangte ein Antrag von Fräulein Augsburg zur Annahme, bei den Mitgliedern darauf hinzuwirken, daß an die Stelle des jetzigen § 3 der folgende Passus tritt: „Der Verband erstrebt das persönlich auszuübende gleiche Wahlrecht für

alle Frauen zu den gesetzgebenden Körperschaften und den Organen der Selbstverwaltung." Das ist eine wesentliche Abschwächung des bisherigen Textes, der klipp und klar das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die großjährigen Männer und Frauen fordert. Die Redensart, daß das Wahlrecht „für alle Frauen“ geheißen wird, soll nur den Abmarsch nach rechts maskieren. Es liegt auf der Hand, daß nicht „alle Frauen“ volles Bürgerrecht erhalten, wenn solches den Männern vorenthalten bleibt. Die Geschichte der Wahlrechtskämpfe aller Länder ist ein Beweis dafür. Worauf die Sache hinausläuft, kann man daraus schließen, daß sogar die Forderung eines direkten und geheimen Wahlrechts über Bord geworfen werden soll. Der Antrag Augsburg wurde mit 16 gegen 11 Stimmen angenommen. Nur folgende Mitglieder des Beirats erklärten sich gegen ihn, von denen drei über je zwei Stimmen verfügten: Cauer, Breitscheid, Lüders, Hammer Schlag, Elberskirchen, Lischniewska, Lindemann und Oske. Die fünf zuerst genannten Führerinnen haben noch vor der entscheidenden Abstimmung erklärt, daß sie bei der Annahme des Antrags nicht länger im Verband bleiben könnten. Einige von ihnen — wie Frau Breitscheid — sind sofort aus der Organisation ausgeschieden, andere warten erst noch die Generalversammlung des Preussischen Frauenstimmrechtsvereins ab.

Bemerkenswert ist das Verlegenheitsgestottere — um uns gelinde auszudrücken —, mit dem einige „Radikale“ ihren Unfahl zu beschönigen suchen. So hat Frau Regina Deutsch dem Antrag Augsburg zugestimmt. Sie ist Vorsitzende des Frauenstimmrechtsvereins für die Provinz Brandenburg und, aufgemerkt: Mitglied des Zentralverbandes der Demokratischen Vereinigung. Ihre Abstimmung rechtfertigt diese eigenartige waschechte Demokratin wie folgt: „Ich hatte dort meine Stimme nicht als Einzelperson abzugeben, sondern als Vorsitzende von Brandenburg. Obgleich zwei Drittel meiner Mitglieder für Beibehaltung des § 3 eintreten, hielt ich es für meine Pflicht, für den Antrag Augsburg zu stimmen, weil ich es als eine Forderung der Gerechtigkeit ansehe, die Minorität zu schützen. Ich erkläre aber nach wie vor, daß für Frauen, die nicht für das allgemeine, gleiche Wahlrecht eintreten, in unserer Organisation kein Platz ist.“ Die Logik dieser Erklärung ist ihres „demokratischen Geistes“ würdig. Konsequenter ist da von Anfang an Frau Eschholz gewesen, auch ein Mitglied der Demokratischen Vereinigung. Sie mußte im Frühjahr dieses Jahres ihr Amt als Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin des Frauenstimmrechtsverbandes niederlegen, weil sie nicht für den § 3 eintreten wollte. In Frieden mit sich selbst konnte sie in Weimar dem Vorstoß zu einer Verschlechterung zustimmen. Der Lohn ihres Tuns blieb nicht aus, Frau Eschholz ist Vorsitzende der Ortsgruppe Schöneberg geworden. Es gilt die Vorstände mit sicheren Verfächerinnen des neuen Textes zu besetzen, denn die Mitglieder sollen zu seinen Günstigen noch vor der Generalversammlung kräftig beeinflusst werden.

Bezeichnend sind auch die Vorgänge in der außerordentlichen Mitgliederversammlung der vier Berliner Ortsgruppen, die der Hauptvorstand einberufen hatte. Frau Breitscheid, die bisherige Vorsitzende, sollte einen Bericht über die Beiratskonferenz zu Weimar geben und ihren plötzlichen Austritt aus dem Verband begründen. Die Damen Deutsch, Eschholz und Lischniewska sowie Herr Dr. Glafer — müssen wir erst sagen, daß auch er eine Zierde der Demokratischen Vereinigung ist — verhinderten jedoch das Referat mit der famoson Begründung, daß nur Mitglieder in der Versammlung anwesend sein und das Wort ergreifen dürften. Wie schrecklich, wenn Frau Breitscheids Darstellung und Kritik der Weimarer Vorgänge das sanfte, zweideutige Mädzugsblasen gestört hätte. Die mehrjährige Vorsitzende der vier Gruppen mußte sich mit ihrem Bericht in ein Pizkular an die Mitglieder flüchten. Der Dekretierung des Maulkorbs für Frau Breitscheid folgte nach einigen Tagen die Generalversammlung der vier Berliner Ortsgruppen. Hier berichtete Frau Deutsch über die Beiratskonferenz. Von den anwesenden 70 bis 80 Mitgliedern verließen etwa 20 unter Protest den Saal, weil sie keine Darstellung hören wollten, deren einseitige Färbung für sie von vornherein feststand. Die Versammlung tagte dann hinter verschlossenen Türen weiter, und einige Mitglieder mußten sich mit Gewalt Eintritt verschaffen, als sie die schriftliche Austrittserklärung von 15 Anhängerinnen eines unverkauften demokratischen Wahlrechts übergeben wollten. Abgesehen wurde Frau Deutsch von einer Dame feierlich der Dank dafür ausgesprochen, daß sie in Weimar ihre Überzeugung gepflegt habe, Frau Deutsch wies dieses sonderbare Kompliment nicht zurück, sondern strich es gelassen ein. Dem Verdienste seine Krone! Gewöhnlich dankt man Führern für ihre Überzeugungstreue, im Frauenstimmrechtsverband ehrt man die Preisgabe der Überzeugung. Unter den erbaulichsten, beschaulichsten Begleitererscheinungen setzt sich

die Zersplitterung des Frauenstimmrechtsverbandes durch. Diese Entwicklung ist eine glänzende Rechtfertigung der grundsätzlichen Auffassung und Taktik, die in der „Gleichheit“ von je mit aller Schärfe vertreten worden ist und der die proletarische Frauenbewegung feste Muskeln und blühende Wangen verdankt.

Ein Deutscher Männerbund für Frauenstimmrecht. ist in Liegnitz kürzlich gegründet worden. Als „Landesorganisation Deutsches Reich“ ist er der „Internationalen Männerliga für Frauenstimmrecht“ beigetreten. Diese hielt in den letzten Oktobertagen in London eine internationale Konferenz ab, die sich mit organisatorischen Fragen und mit Vorarbeiten für den Internationalen Kongress der Liga 1913 in Budapest beschäftigte.

Soziale Elendsbilder.

Der Jammer einer Thüringer Hausindustrie ist in dem „Gartenfreund“ beleuchtet worden, einer Festschrift für Gartenbaukunde. In einer Mitteilung an die kaiserlich königliche Gartenbaugesellschaft in Steiermark warnt Herr Josef Public davor, in Österreich eine Hausindustrie einzuführen, die in Thüringen ihren Hauptsitz hat. Es handelt sich um die Anfertigung von Blumenstäben und Namensschildern für Pflanzen. Die Herstellung dieser Artikel geschah früher ausschließlich durch Angehörige des Gärtnerberufs; die Gehilfen und Lehrlinge mußten den für das eigene Geschäft notwendigen Bedarf in den Abendstunden aus Holzscheiten schnitzen. Diese ihre Überarbeit wurde nicht bezahlt. Trotzdem ist es heute für die großen Gärtnereien viel rentabler, wenn sie Stäbe und Schilder von den Firmen beziehen, die damit Handel treiben. Es sind jedoch nicht Fabriken, die den Händlern die Ware liefern, sondern diese sind ausschließlich Erzeugnisse der Handarbeit. Thüringen genießt den zweifelhaften Ruhm, die Stätte dieser Hausindustrie zu sein. Hören wir, wie Herr Public ihren „Segen“ schildert:

„In verschiedenen österreichischen Fachzeitschriften las ich wiederholt die Aufforderung, die Erzeugung dieser gärtnerischen Bedarfsartikel auch bei uns einzuführen, und es wurde dabei nicht selten auf den daraus resultierenden Wohlstand verwiesen. Ich habe vor Jahren Gelegenheit gehabt, den Sitz dieser Industrie im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen kennen zu lernen. In Betracht kommt das Dorf Geschwenda und die nahe Stadt Meuselbach, wo beinahe die ganze Bevölkerung vom Kinde bis zum Greise sich mit solchen Arbeiten befaßt; die Geschwender Erzeugnisse sind dauerhafter, weil sie nicht, wie in Meuselbach, aus geschnittenem, sondern aus gespaltenem Holze angefertigt werden. Gelieferte Ware geht nach Erfurt, Quedlinburg, ja bis nach London. Der Vorgang bei der Anfertigung ist ein sehr primitiver; ausgesuchte Holzscheite werden gespalten und auf der Handbank gefornt. Die ganze Familie, die kleinsten Mitglieder nicht ausgenommen, schnitzelt da um die Wette. Trotzdem verdient sie kaum so viel, daß sie notdürftig leben kann, und wenn in Geschwenda die Kartoffelernte mißlingt, leiden die meisten Bewohner Hunger. Das Ausnützen der kleinen Kinder ist oft himmelschreiend; um 1 bis 1,50 Mk. pro Woche müssen sie ihre ganze schulfreie Zeit fleißig bei der Handarbeit arbeiten. Jeder „Industrielle“ bringt seine Vorräte an fertiger Ware dem Händler, der gewöhnlich auch Materialwarenhandlung führt. So ein armer Teufel muß oft eine ganze Stunde in irgend einer Ecke stehen, bis ihn der Händler einer gnädigsten Ansprache für würdig hält: „Ja, Geld kann ich dir keines geben, willst meine Ware dafür nehmen, dann kannst es hier lassen.“ Oft muß ein Kind, wenn es Salz oder Öl, welches zu den Erdäpfeln geru gegessen wird, holen soll, einen Bund Blumenstäbe als Tauschgegenstand mitbringen. Die Abhängigkeit dortiger Bevölkerung ist so groß, daß niemand gegen die Händler was unternehmen kann. Es wurde zwar in der letzten Zeit ein Konsumverein gegründet, um von der Abhängigkeit frei zu werden, aber soll sich derselbe halten, müßte auch er als Zahlungsmittel Stäbe anerkennen und annehmen, weil die dortigen Leute überhaupt kein Geld haben.“

Der Berater der Steiermärker Gartenbaugesellschaft kommt deshalb zu dem Schlusse, daß man es in Österreich ablehnen sollte, mit einer solchen Hausindustrie den Hunger einzuführen. In Thüringen nehmen Hunderte, Tausende heimarbeitender Bevölkerung das trostlose Elend ihrer Existenz noch immer als unentrinnbares Los hin. Ein Händchen voll Kapitalisten findet es aber ebenso selbstverständlich, aus diesem Elend glänzenden Gewinn zu pressen. Gold ist heute Gold, und wenn Tränen und Blut daran hängt. mg.